

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

266 (15.11.1932)

Volkstrend



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTA MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10geraperte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
änderungen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 10 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichterhaltung des
Bestellungsbriefes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erklärungen
und Verordnungen: Karlsruhe: P. o. Schick bei Universitäts-Druckerei 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heim,
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist.
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die
der J.

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. In der Provinz o. Übersee
1,90 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Ge-
schäftlich 0 mal wöchentlich 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28. o. Fernruf 1020/1021 o. Telegrafisch-Büro
Waldstr. 28. 9. B.-Reben. Telephon: 17. Radio: Reichstr. 2. Offizieller Reklamations- u.

Nummer 266 Karlsruhe, Dienstag, den 15. November 1932 52. Jahrgang

Sondierungen

Kanzlereinladung an Sozialdemokratie

Ein durchsichtiges Spiel

Der Reichskanzler hat die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitfeld für Mittwoch abend 6 Uhr zu einer Besprechung zu sich geladen.

Da es zunächst den Anschein hatte, als ob der Reichskanzler nur mit den Führern der Reichspartei und des Zentrums Fühlung nehmen wollte, kommt die Einladung, die er an die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitfeld hat ergehen lassen, einigermaßen überraschend und man fragt sich, was eigentlich mit der Anberaumung dieser Verhandlung beabsichtigt ist.

Dah die Sozialdemokratie an den Erfolg des Wirtschaftsprogramms der Papenregierung nicht glaubt, daß sie ihre Rotverordnung ablehnt, daß sie in schärfster Opposition zu ihren Verfassungskritikern steht, dürfte Herr v. Papen bekannt sein. Er wird sich nicht der Illusion hingeben, den sozialdemokratischen Widerstand gegen das Reichskabinett und seine Politik durch Ueberredungsversuche zu können, und ebensowenig wird er die Hoffnung hegen, die Sozialdemokratie zu einer irgend wie gearteten Eskalierung seiner Regierung zu bewegen.

Was also will der Reichskanzler? Es bleibt schließlich nur die Vermutung, daß er Unterredungen mit möglichst allen Parteien herbeiführen möchte, um schließlich vor der Öffentlichkeit erklären zu können, daß er nichts unversucht gelassen habe, um eine Verständigung zwischen Präsidialkabinett und Parlament herbeizuführen. Da diese Bemühungen gescheitert seien, gäbe es eben nur die Möglichkeit, den grundsätzlichen Bruch mit dem Reichstag zu vollziehen.

Ob der Reichskanzler sich darüber im Klaren sein muß, daß ein solches Vorgehen seine Stellung gegenüber dem Lande in keiner Weise verbessern würde. Das Spiel ist zu durchsichtig, zumal da es von einem Manne gespielt wird, der sich an die Parteiführer wendet, nachdem er während der ganzen Wahlkampagne die ganze Schale seines Jorns und seiner Verachtung über die Parteien ausgegossen hat.

Bayerische Volkspartei gegen Katastrophopolitik

Koalition mit Nazi?

München, 14. Nov. (Eig. Draht.) Das politische Erlebnis, das die bayerischen Regierungsmitglieder des Reichsrats am Freitag und Samstag in Berlin hatten, veranlaßten sie, auf dem schnellsten Wege die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei zusammen zu rufen. In der am Montag nachmittag abgehaltenen Sitzung wurde nach einer längeren Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zur Lage im Reich volle Einmütigkeit festgestellt.

Die Bayerische Volkspartei wird — so heißt es in dem offiziellen Bericht über die Sitzung, an der sämtliche Mitglieder der bayerischen Geschäftsregierung teilnahmen — alles einengen, um eine ruhige und gleichmäßige Entwicklung in Deutschland zu fördern und eine Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern. Die Gerüchte, wonach die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern nur zum Schein geführt würden, und die Reichstagsauflösung schon vor Zusammentritt des Reichstags und ohne dessen Arbeiten abzuwarten, beklagenswerte Sache sei, wurden ernsthaft geprüft, und dabei kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß, wenn hinter diesen Gerüchten irgend offizieller Charakter die bayerische Volkspartei diese Katastrophopolitik, die einen schmachvollen Mißbrauch des Vertrauens des Reichspräsidenten und eine katastrophale Herabwürdigung revolutionärer Gedanken bedeuten würde, mit allen Mitteln entgegenzutreten und unentwegt die Zusammenfassung aller gutgesinnten Kräfte im deutschen Volke anzustreben muß.

Zum Schluß nennt die Korrespondenz dann als eines der ersten bayerischen Abwehrmittel gegen die Katastrophopolitik im Reich die gesicherten und unbestrittenen Regierungsverhältnisse in Bayern. Sie deutet damit die beabsichtigte Regierungskoalition der Bayerischen Volkspartei mit den Nazis an, die im Landtag über eine Zweidrittelmehrheit verfügen würde.

Zentrumsvorstoß für „Soziale front“

In der neuesten Nummer des offiziellen Organs des Christlichen Metallarbeiterverbandes tritt Franz Wieber, der Redakteur dieses Organs, angeht des Wahlausgangs vom 6. November für die Schaffung einer sozialen Front des deutschen Volkes ein, in der er Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialdemokratie vereinigt wissen will. Wieder steht mit derartigen Plänen im Zentrum keineswegs allein da. Es gibt in

der Zentrumspartei weite Kreise, die ihm zustimmen und seinen Vorstoß lieber heute als morgen verwirklicht sehen möchten. Das Ziel dieser Front soll der Sturz der Regierung Papen sein. Aber hören wir, wie Wieber seine Anregung begründet:

„Wir betonen und unterstreichen nochmals scharf, daß uns parteipolitische Momente völlig fernliegen, aber um der Nation und der Arbeiterschaft halber sehen wir, daß uns gegenüber der Herren-Classe um Eugenberg nur der Kampf bleibt. Wer die Unterdrückung der Arbeiter sanktioniert, wer die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes kognatiert, ist ein Feind der Nation, da mag er heißen wie er will, und stehen, wo er will, und er muß demgemäß behandelt werden. Wir wissen, daß das Aufwerfen der Frage und die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zwischen Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialisten zunächst fast nur Gegenstände hervortreten läßt. Wir aber sagen zuerst: Nation und Staat sind in höchster Gefahr, Arbeiterschaft ist in höchster Gefahr, das ist unsere Sorge. Wir haben schärfstens gegen den Gedanken einer Einheitsgewerkschaft gekämpft, weil sich ihre Weltanschauungen nicht einfach vermengen lassen. Etwas ganz anderes aber ist ein aus der Notwendigkeit der Stunde heraus geborenes Zusammengehen von politischen Parteien.“

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ macht dazu folgende Bemerkung: „An diesen Ausführungen begrüßen wir die Entschlossenheit der Christlichen Gewerkschaften zur Abwehr des Papenregimes. Die freien Gewerkschaften werden zu einer derartigen Abwehr, unter der wir uns in erster Linie außerparlamentarische Aktionen vorstellen, immer bereit sein. Allerdings nur mit ehrlichen Bundesgenossen und nicht mit Leuten, die ihnen mitten im Kampfe in den Rücken fallen können.“

Partei-Uniform für Preußen-Polizei verboten

Berlin, 14. Nov. Wie der Amtl. Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissarische preussische Minister in einem Rundverbot mit Rücksicht auf die Unzulässigkeiten, die sich in den letzten Monaten verschiedentlich ergeben haben, allen Beamten des Vollzugsdienstes der staatlichen und kommunalen Polizei verboten, Uniformen einer politischen Partei oder eines politischen Verbandes zu tragen.

Papens Reise

Berlin, 14. Nov. Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen und Reichsverkehrsminister von Eickelmann werden am Freitag, den 18. d. M. zum Besuch der württembergischen Staatsregierung in Stuttgart reisen. Um 22.30 Uhr reisen die Gäste nach Karlsruhe weiter.

Nationalsozialistischer Niedergang

Zum Ergebnis der sächsischen Gemeindevahlen

Aus Leipzig wird geschrieben: Der Reichskanzler hat am Montag in Dresden einen Staatsbesuch abgeleistet, und seine offizielle Rede beendet mit den Worten: „Ich verlasse Dresden mit der absoluten Zuversicht, daß die Reichsregierung Deutschland wieder aus dem Tal der Niederungen führen wird.“

Wenn er sich die Zeit genommen hätte, vor dieser offiziellen Rede das Ergebnis der sächsischen Gemeindevahlen genau zu prüfen, so würde er erkannt haben, daß der Boden, auf dem er steht, immer härter wackelt, und daß, je mehr er sich kräftigt, und sich stark macht, vulkanische Kräfte unter seinen Füßen sich sammeln!

Die Spekulation der Nationalsozialisten, daß die reaktionäre Politik Papens ihnen Wähler zutreiben würde, ist gründlich in die Brüche gegangen. Die Reaktion Papenicher Couleur spricht nicht die Reaktion Hitlerischer Couleur. Das Ergebnis der sächsischen Gemeindevahlen zeigte, daß dem ersten großen Einbruch in die nationalsozialistischen Wählermassen vom 6. November am 13. November sofort ein weiterer ebenso großer Einbruch gefolgt ist, der nicht nur von lokaler, sondern von allgemeiner Bedeutung ist.

Bei den sächsischen Gemeindevahlen ist, wie zu erwarten war, die Wahlbeteiligung gegenüber dem 6. November zurückgegangen, noch viel stärker aber ist der Stimmenrückgang der Nationalsozialisten gewesen. Wollte man die Reichstagswahl vom Juli zum Vergleich heranziehen, so würde man einen Niedergang von geradezu katastrophalen Dimensionen erkennen. In einzelnen kleineren Orten ist der Stimmenrückgang der Nationalsozialisten bis zu 75 Prozent gegangen. Aber auch in den größeren Städten ergibt sich ein eindrucksvolles Bild des Zurückstehens der Nazis.

Folgende kleine Tabelle, die das Ergebnis in den sieben sächsischen Städten Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Bautzen, Glauchau, zusammengefaßt zeigt die Entwicklung ganz drastisch:

Der Kanzler in Dresden

„Föderalismus“ soll gut Wetter machen

Dresden, 14. Nov. Der Reichskanzler ist zu seinem angekündigten Staatsbesuch bei der sächsischen Regierung Montag mittag in Dresden eingetroffen. Er wurde durch Ministerpräsident Schick empfangen, der in einer Ansprache erklärte: Die sächsische Regierung sei bereit zur Mitarbeit auf der Grundlage, daß dem Reich das gegeben werde, was es zur Erhaltung und Festigung seiner Autorität nach außen und innen brauche, daß aber das Eigenleben der Länder unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten gewährleistet und den Ländern die Mitarbeit an der Gesetzgebung und Verwaltung im Reich ermöglicht werde. Ministerpräsident Schick überreichte dem Kanzler alsdann eine Denkschrift über die außerordentliche Notlage in Sachsen.

Der Kanzler betonte bei einem Pressegespräch, daß die Reichsregierung durchaus überauswillig eingestellt sei. Die Länder müßten an der Reichsreform entscheidend mitwirken. Die Mitwirkung des Volkes an den Gesetzen des Landes solle in keiner Weise ausgeschaltet werden. Nur der übertriebene Parlamentarismus, der in den letzten Jahren manches Unheil anrichtet habe, solle ausgeschaltet werden. Personfragen würden in diesem historischen Stiel der Kräfte keine entscheidende Rolle spielen.

In seiner großen Ansprache erklärte v. Papen: Die tätige Mitwirkung der Länder bei der Lösung des Problems der Reichsreform ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn es daher auch in Zukunft die besondere Sorge der Reichsregierung sein wird, den Ländern unter genauer Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten die Mitarbeit an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zu ermöglichen, so wird es nicht weniger wichtig sein, und ich habe in dieser Frage immer die besondere Unterstützung Sachverständigen gebeten, die Autorität des Reiches und seiner Regierung nach innen und außen in vollem Umfange zu wahren.

Die letzte Botschaft, die wir schon heute auf manchen Gebieten des Wirtschaftslebens spüren, ist eine sarte Krise, die mit der Sorgfalt äußersten Vertrauens gehenet und gepflegt, nicht aber mit dem mittelbaren Abzug geschäftiger Parteipolitik vertreten werden sollte. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß der Gesundheitsprozeß der Wirtschaft durch Ueberforderung des politischen Unterstandes gestört werden wird. Sie ist mehr denn je der Ansicht, daß nur vertrauensvolle Zusammenarbeit der Länder ihre grundgesetzlichen staatlichen und kulturellen Funktionen erhalten und dem Reich seine alte Kraft und Stärke wiedergeben kann.

Hierauf wird uns noch aus Dresden gebracht: Als der Reichskanzler den sächsischen Behörden im Dresdener Rathaus einen Besuch abstattete, wurde er von einer tausendköpfigen Menge mit dem Ruf: „Nieder mit dem Hungerkanzler!“ empfangen. Als er das Rathaus verließ, ertönte Toben und Pfeifen.

Der französische Abrüstungsplan überreicht

Genf, 14. Nov. Der französische Delegierte auf der Abrüstungskonferenz, Magillat, hat heute nachmittag in der Abrüstungsabteilung des Völkerbundsekretariates den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan überreicht. Das Schriftstück umfaßt acht Foliodruckseiten.

Kreditverlängerung

Basel, 14. Nov. Der Verwaltungsrat der BSB hat den der Reichsbank gegebenen Kredit von 80 Millionen Dollars auf drei Monate verlängert.

	6. November	13. November	Rückgang	Prozente
SPD	369 421	320 269	49 152	13
Kommunisten	231 899	240 965	Zunahme: 9 066	4
NSDAP	411 685	325 612	86 073	21

Die Stimmen der SPD sind mit der geringeren Wahlbeteiligung zurückgegangen. Die Kommunistische Partei hat sich trotz geringerer Wahlbeteiligung nahezu behauptet. Die Nationalsozialisten aber verlieren weit über den Prozentsatz des Rückgangs der Wahlbeteiligung hinaus! Aus dem Einbruch in die marxistische Front, den die Nationalsozialisten anstreben, ist ein tieferer Einbruch in die Front der Nazis geworden, der schon fast bis an den Kern herangeht. Leider hat sich innerhalb der marxistischen Front die Verschiebung zu den Kommunisten hin, die sich bereits bei den Reichstagswahlen gezeigt hatte, auch bei den Gemeindevahlen wiederholt.

Es wird angestrengter Arbeit der sozialdemokratischen Partei bedürfen, um diese Bewegung wieder rückläufig zu machen und um die Sammlung einer einzigen Arbeiterfront hinter den Fahnen des demokratischen Sozialismus herbeizuführen!

Es ist kein Zweifel, daß nicht nur die Krisennot, sondern daß auch die Dreifachheit der politischen Reaktion Teile der Arbeiterschaft zu reinen Protestkern gemacht hat und sie in das Lager der Berufsweissagertätiger und der Gewalttäter in der SPD, getrieben hat!

Während Herr v. Papen weiterbeklagt, haben die sächsischen Gemeindevahlen ein Stimmungsbild des ersten Ranges ergeben. Sie sind die Belegtafel zu den Gerüchten über die neuesten Absichten der Feudalreaktion, sie zeigen deutlich, daß, wenn die Feudalreaktion zum äußersten greifen sollte, eine Explosion von unten die Folge sein könnte.

Um die Konkordate

Das Konkordat mit der Evangelischen Kirche unterzeichnet - Der Evangelische Volksdienst in Opposition

Das Konkordat und die Fraktionsmehrheit

Von H. Weismann, M. d. L.

Vorbemerkung

Es sollte eigentlich keiner eidesstattlichen Versicherung bedürfen, daß die Fraktionsmitglieder, welche in der Sitzung vom vorigen Freitag in der Konkordatsfrage für Stimmhaltung votierten, niemals etwas getan haben oder tun wollten, das den sozialistischen Prinzipien zuwiderläuft, oder den politischen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiterklasse widerspricht. Denn diese Parteigenossen haben seit Jahren und Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung, im öffentlichen Leben, haben immer und überall für die Sozialdemokratie gewirkt und gekämpft und weisen es weit noch sich, irgendwie und irgendwo Prinzipien- oder Parteiverrat zu begehen oder auch nur begehnen zu wollen. Und wenn bedauerlicherweise der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie in seiner, in den Montagausgaben der Parteipresse veröffentlichten Erklärung bemerkt, „daß er die Einstellung der Fraktionsmehrheit für falsch und parteischädigend hält“, so ist dies eine Behauptung, aber kein Beweis; er erwidert sich auch, an der Hand des jetzt endlich veröffentlichten Wortlauts des badischen Konkordats diesen Beweis irgendwie zu führen. Für ihn gilt der Wille der Mehrheit der badischen Sozialdemokratie, womit aber nun wirklich nicht bewiesen ist, daß deswegen die Stellung der Fraktionsmehrheit falsch ist. Er hätte recht, wenn durch diesen Vertrag die Interessen der badischen Arbeiterklasse verletzt würden; das ist aber unter keinen Umständen der Fall.

Im nachstehenden soll versucht werden, die Gründe darzulegen, welche die Fraktionsmehrheit zu ihrer Haltung bestimmten; wir können verlangen, daß die badischen Parteigenossen diese Gründe objektiv prüfen und dann erst ihr Urteil abgeben. Mit dem Schlagwort: wir wollen oder wir brauchen kein Konkordat! ist eine so hochpolitische Frage nicht erledigt.

Keine Neigung oder Sympathie für ein abzuschließendes Konkordat

Von den Mitgliedern der Landtagsfraktion rechnen sich mindestens in ihrer religiösen Weltanschauung drei Viertel zu den Freireligiösen, Freidenkern oder religiösen Sozialisten; sie empfinden also gewiß kein Bedürfnis zum Abschluß des Konkordats. Aber sie hätten zu beraten und zu beschließen als badische Landtagsabgeordnete, als Mitglieder einer Körperschaft, welche über diesen Vertrag zwischen dem Staat und den Kirchenbehörden endgültig zu entscheiden hat. Wenn von der anderen Seite darauf verzichtet worden wäre, gerade in dieser für die Sozialdemokratie ungünstigen Zeitlage das Konkordat vorzulegen, wäre uns dies sehr recht gewesen. Aber Koalitionen — einerlei, wie man über diese denkt — bedingen nun einmal parlamentarische Verpflichtungen! Es lag eben noch immer die Erklärung der Badischen Regierung vom Januar 1930 vor, wonach eine veritasgemäße Neuordnung des Verhältnisses zwischen den Kirchen und dem badischen Staat angestrebt werden sollte. Schon damals erklärte die Sozialdemokratie, sie sei prinzipiell nicht dagegen; es komme darauf an, was in dem Konkordat stehe. Enthalte es z. B. Bestimmungen über die Schule oder über solche Fragen, in denen der Staat souverän ist, dann werde es von der Sozialdemokratie abgelehnt. — Solche Bestimmungen enthält das jetzige Konkordat aber nun nicht, und deswegen kann es von der Landtagsfraktion nicht einfach glatt abgelehnt werden.

Wenn dieses Konkordat abgelehnt wird, dann eben wir der Annahme eines verfehltesten die Wege.

So ist die parlamentarische Situation zur Zeit im Landtag! Die Unterhändler unserer Fraktion, und insbesondere der Fraktionsvorsitzende, Gen. Rikert, haben sich die denkbar größte Mühe gegeben, alle weiteren finanziellen Verpflichtungen des Staates und einer etwaigen Neubelastung der Schule mit größerem Aufsichtswort der Kirche abzuwehren. Es ist eben nicht so, daß wir das dem Landtag vorzulegende Konkordat einfach „schluckt“ hätten; es haben über seine Gestalt und seinen Inhalt sehr eingehende Verhandlungen der Regierungsparteien stattgefunden. Dessen sollte man sich auch im Lager der Konkordatsgegner in unserer Partei bewußt sein. Und wenn trotzdem nach Vorlage noch heute rund 360 000 M. seitens des Staates an die katholische Kirche bezahlt werden müssen, so rührt dies aus früheren Verpflichtungen her; der Betrag muß auch ferner der Kirche zur Verfügung gestellt werden, einerlei, ob ein Konkordat besteht oder nicht, weil die Kirchenbehörde darauf einen klaren Anspruch hat.

Der Religionsunterricht erfolgt nach den Bestimmungen der deutschen und der badischen Verfassung.

Darauf hat die Sozialdemokratie den größten Wert gelegt. Die in der Hauptfrage in Lehrerkreisen gehegte Befürchtung, als könnten durch das Konkordat für sie zwingende Verpflichtungen entstehen, über die Lehrer nicht über die Erteilung des Religionsunterrichts einem gewissen Druck der Kirchenbehörden ausgeliefert sein, ist unbegründet. Maßgebend sind, wie in der Vorlage nochmals hervorgehoben wird, die entsprechenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die auch ohne Konkordat bestehen. Wiederum: ob mit oder ohne Konkordat, es bleibt bei dem bisherigen Zustande! Daß dies so ist, dafür hat die sozialdemokratische Fraktion hartnäckig gekämpft; dafür sollte ihr die badische Arbeiterklasse dankbar sein, uns aber nicht in idiosyncratischer Form bekämpfen, weil wir die Gefahren eines verfehltesten Konkordats nicht heraufbeschwören wollen.

Ob ein Anhänger oder Gegner der Republik auf dem Erzbischof. Stuhle in Freiburg sitzt, kann uns nicht gleichgültig sein. Deswegen akzeptierte die Fraktion die einzelnen Artikel über die Rechte des Staates bei der Ernennung eines neuen Erzbischofs. Die Republik bedarf wahrlich in der Gegenwart mehr denn je der Stärkung und Festigung von allen Seiten. Im Lager der protestantischen Geistlichen befinden sich eine Anzahl Nationalsozialisten; wie diese zum Staate bzw. zur Republik eingestellt sind, wissen wir. Sollen wir die Feinde der Republik in der katholischen Lager noch vermehren oder nicht alles aufwenden, daß die katholischen Kirchenbehörden treu zur Republik stehen? Die Frage aufwerfen, heißt in diesem Sinne alle Vorarbeit zur Festigung der badischen Republik leisten.

Und letzten Endes: Soll deswegen die badische Sozialdemokratie aus der Regierung austreten?

Sollen wir aufgeben, was die Arbeiterklasse vom sozialdemokratischen Minister des Innern erwartet? Soll es uns gleichgültig sein, welche Partei des badischen Landtags das Innenministerium befehligt? Ist nicht die Sozialfürsorge, die Arbeiterversicherung,

die Aufsicht über die Krankenkassen, das Gewerbeaufsichtsamts usw. bei einem Sozialdemokraten in den besten Händen?

In der letzten furchtbaren Zeit sind diese Probleme in den Vordergrund zu rücken. Verlassen wir das Ministerium des Innern, dann ist es mit unserm Einfluß und mit unserer Einwirkung auf diesbezügliche Gesetze und Vorlagen — schon im Schoße der Regierung — dahin! Dadurch würde die badische Arbeiterklasse wirklich viel mehr geschädigt, als durch das Konkordat möglich wäre.

Schluswort

Das badische Konkordat belastet also den badischen Staat finanziell nicht stärker, als es schon bisher die entsprechenden staatlichen Verpflichtungen gegenüber den Kirchenbehörden tun.

Das Konkordat schafft keine neuen Bestimmungen — außer den bestehenden — über die Erteilung des Religionsunterrichts in den Schulen.

Das Konkordat schädigt also den badischen Arbeiter, den badischen Sozialdemokraten in keiner Form und durch keinen Artikel seines Inhalts und deswegen kann es die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vor sich, vor ihrem Parteigewissen und vor der gesamten badischen Sozialdemokratie verantworten, daß sie sich bei der im Landtag erfolgenden Abstimmung der Stimme enthält.

Lehrer und Konkordat

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zum badischen Konkordat

1. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hat stets betont, daß sie die Aufnahme von Schulbestimmungen in das abzuschließende badische Konkordat entschieden ablehnt.

2. Ihren Forderungen gegenüber hat die sozialdemokratische Partei des Innern versichert, daß sie eine verfassmäßige Regelung mit den Kirchen, die über die alten Verträge von 1821 und 1827 und über das Preußen-Konkordat hinaus geht, ablehnen werde.

3. Das Preußen-Konkordat enthält keinerlei Bestimmungen über Schule und Religionsunterricht. Der Notenwechsel zwischen dem Kardinalstaatssekretär Pacelli und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun über die Nichtaufnahme von Schulbestimmungen ist kein integrierender Bestandteil des Konkordats und besitzt keinerlei Rechtswert.

4. Entgegen den früheren Erklärungen der sozialdemokratischen Partei bringt der badische Konkordatsentwurf eingehende Bestimmungen über den Religionsunterricht. Da aber der Religionsunterricht im Schulgesetz geregelt, an die Spitze der Unterrichtsfrage gestellt, zum ausschlaggebenden Faktor der Lehrerentlohnung und Lehrerverwendung gemacht ist und auch das Lehrerbildungsgesetz beeinflusst hat, ist durch den Religionsunterricht tatsächlich die Schule ein Kernstück des badischen Konkordats geworden.

5. Der Religionsunterricht ist bisher durch das Schulgesetz geregelt worden und ist auch in der Reichsverfassung der Schulgesetzgebung ausgewiesen. Er wird durch seine Aufnahme in das badische Konkordat (Artikel 11) Gegenstand vertraglicher Bindungen zwischen dem badischen Staat und dem päpstlichen Stuhle. Dadurch ist das freie Gesetzgebungsrecht des badischen Staates und somit ein Souveränitätsrecht des Staates eingeschränkt.

6. Die Aufnahme des Religionsunterrichts in das Preußen-Konkordat war aus dem staatsrechtlichen Grunde unterblieben, weil der Religionsunterricht durch seine Ordnung in der Reichsverfassung zur Reichsangelegenheit geworden ist. Entgegen dieser Tatsache schränkt das badische Konkordat auch die Souveränität des Reiches auf diesem Gebiete ein.

7. Die Fassung des Artikels XI des Konkordats ist weitgehendst Befürchtungen aus. Schon 1 dieses Artikels spricht lebhaft davon, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Während einerseits durch Art. 2 eine Einzelbestimmung des Artikels 149, die Erteilung des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der katholischen Kirche, besonders herausgehoben ist, fehlt andererseits der Hinweis auf andere weltliche Schulen; über das Aufsichtswort des Staates; über das Recht der Erziehungsberechtigten, die Teilnahme am Religionsunterricht zu bestimmen, über das Recht des Lehrers, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Daraus geht hervor, und die einschließlichen Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Föhr im „Badischen Beobachter“ bestätigen dies, daß nicht der gesamte Inhalt des Art. 149 der Reichsverfassung in das Konkordat einbezogen ist. Diese Bedenken werden nun dadurch gestützt, daß die in der Fraktionsfrage vom 8. September beschlossene Fassung, nach der alle Bestimmungen des Art. 149 nicht mehr erachtet. (Einschl. aller Bestimmungen des Art. 149) nicht mehr erachtet. Die besondere Betonung der Grundgesetze der Kirche, nach denen der katholische Religionsunterricht zu erteilen ist, macht die Bestimmungen des kanonischen Rechts maßgebend für den Religionsunterricht, die denjenigen des Art. 149 der Reichsverfassung entgegenzusetzen sind.

8. In dem Schlussprotokoll zu § 11 werden in Anwendung der Reichs- und Landesverfassung zur Festigung des religiösen Friedens in Baden sämtliche geltenden Rechte der Kirche aufrecht erhalten, während die Kirche ihrerseits keinerlei Zusicherungen dieser Art, insbesondere nicht über die Anerkennung und Aufrechterhaltung der Simultanankäufe gibt. Vielmehr sehen wir das deutsche Bestreben, gemäß den Beschlüssen des Katholikentages durch die Forderung auf Errichtung konfessioneller Schulen die badische Simultanankäufe zu zerlegen, während der Wortlaut des Art. 11 die Errichtung weltlicher Schulen in Baden unmöglich machen würde.

Die vieldeutige Fassung des Schlussprotokolls, das ohne jede Abgrenzung ganz allgemein von den geltenden Rechten der Kirche spricht, wird Gegenstand allerhöchster kultur-politischer Kämpfe werden, denn es ist nicht zu übersehen, welche Bestimmungen des Schulgesetzes, der Verordnungen und Erlasse als geltende Rechte der Kirche anzusehen sind.

Wir sind der Überzeugung, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch Schaffung des Konkordats dem religiösen Frieden dienen sollte. Keineswegs konnte es ihre Absicht gewesen sein, Souveränitätsrechte des Staates preiszugeben, gefährliche die Staatsführung einschränkende Regelungen zu treffen, oder durch unklare vieldeutige Bestimmungen schwere innerpolitische Kämpfe heraufbeschwören.

Da Abänderungen im Konkordatsentwurf unmöglich sind, bitten wir die Fraktion, das Konkordat abzulehnen.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Badens.

Das Konkordat mit der Evangelischen Kirche

Dr. Karlsruhe, 15. Nov. Am Montag nachmittag wurde der Vertrag des Landes Baden mit der Evangelischen Kirche unterzeichnet. Dabei hat jedoch die Kirchenregierung einen Einwand geltend gemacht und diesen in einer der Ev. Landesynode zur An-

nahme empfohlenen Entschliessung dargelegt. Es heißt darin, die Landesynode habe zwar der Vorlage zugestimmt, stelle jedoch fest, daß der Landesrat die genügende Einfluss auf die Beilegung der theologischen Streitpunkte an der Universität Heidelberg nicht eingeräumt werde, worin eine Benachteiligung gegenüber der katholischen Kirche erblickt wird.

In Artikel I des Vertrags sichert der badische Staat der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der evangelischen Religion den gesetzlichen Schutz zu, während nach Art. II die Kirche für die Angelegenheiten frei und selbständig verwaltet und ordnet. Nach der Bestellung des Kirchenpräsidenten durch das zuständige kirchliche Organ wird dieses beim Staatsministerium sich darüber verständigen, ob gegen die Allgemeinpolitische, nicht aber parteipolitische Art bestehen. — Kirchliche Ämter können frei errichtet und angewendet werden; die staatliche Wirkung erfolgt nach Artikel II, die mit dem Oberkirchenrat vereinbart werden. Die Kirche ist berechtigt, die Vermögensangelegenheiten selbstständig zu ordnen, eine Einschränkung der kirchlichen Rechte in Bezug auf die Vermögensverwaltung wird nicht erfolgen. Die Kirche hat weiter das Recht, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der Bestimmungen des Reiches und Badens sowie der landesrechtlichen Bestimmungen Kirchensteuern zu erheben.

Art. III sichert der Landesbehörde das Eigentums- und Vermögensrecht nach Maßgabe der Reichsverfassung zu.

Art. IV regelt die Staatsleistungen an die Kirche. Danach wird die Staatsleistung für den Ev. Oberkirchenrat sowie für die oberste Behörde der ev.-kirchl. Vermögensverwaltung und für die bisher im Staatsvoranschlag vorzulebenden Zuschüsse für Kirchen- und Pastoralstellen, für Gehälter der Organisten und Kirchenbedienten, für den Evangelischen Pfarrhilfsfonds und für den Staatsvertrag für die Ev. Kirche im allgemeinen auf insgesamt jährlich 240 000 Reichsmark festgesetzt. Soweit ein Anspruch auf Realdotationen zur Aufbesserung gering beheldeter Pfarren sowie alle übrigen von dieser veranlassenden Leistungen des Staates an die Kirche wegen von dieser veranlassenden Regelung nicht berührt.

Im Art. V befaßt sich der Vertrag mit der Bestellung von Mitgliedern der Kirchenregierung und Pfarren.

Nach Art. VIII besteht unter den Vertragschließenden Einverständnis darüber, daß der evana. Religionsunterricht an den badischen Schulen nach Maßgabe der Bestimmungen des Art. 149 der Reichsverfassung ordentliches Lehrfach ist. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundgesetzen der Ev. Landeskirche erteilt.

Dem Vertrag ist noch ein Schlussprotokoll angegeschlossen, dessen Erklärungen einen integrierenden Bestandteil des Vertrags bilden. — Das Protokoll befaßt zu Art. II, daß Einverständnis darüber besteht, daß nur staatspolitische, nicht dagegen kirchliche oder parteipolitische Bedenken geltend gemacht werden dürften. Weiter besteht Einverständnis darüber, daß etwaige Änderungen im Personalbestand der Kirchenregierung und des Ev. Oberkirchenrats über im Personalbestande der obersten Behörde der ev.-kirchl. Vermögensverwaltung auf die im Art. IV genannte Summe keinen Einfluss haben.

zur Frage des Religionsunterrichts heißt es in dem Schlussprotokoll des Protokolls: „Eins in der Absicht und dem Willen, der Stimmheit und Festigung des religiösen Friedens zu dienen, wird der Freistaat Baden in Anwendung der Bestimmungen des Reichs- und Landesverfassung die bezüglich des Religionsunterrichts an den badischen Schulen geltenden Rechte der Ver. ev.-protestant. Landeskirche auch weiterhin aufrechterhalten.“

Ein Irrtum des Genossen Harpuder

In der gestrigen Ausgabe des „Volksstimme“ vertritt Genosse Harpuder die Auffassung, der „Volksfreund“ sei zum Verleumdung der Fraktionsmehrheit geworden. Das ist ein Irrtum. Wir waren von Anfang an gegen die Zustimmung zum Konkordat, wir sind auch Gegner der Stimmhaltung und wir haben das auch deutlich genug gesagt. Wir beurteilen jedoch den Beschluß vom 24. Oktober anders als der Genosse Harpuder und wir waren, wie dem Genossen Harpuder bekannt ist, in jener Sitzung für die Annahme des Antrages eines Mannheimer Genossen, der der Fraktionsmehrheit jede andere Auslegungsmöglichkeit genommen hätte. Wir halten, auf Grund reichlicher Erfahrungen, nicht viel davon, bei solchen Entscheidungen „goldene Brücken“ zu bauen, weil solche Brücken regelmäßig sowohl den Erbauern wie den Kolonisten Unannehmlichkeiten verursachen.

Wenn der Genosse Harpuder die Liebenswürdigkeit haben sollte, einmal im Protokoll über den Nürnbberger Parteitag (1908) auf Seite 377/79 nachzulesen, was der Unterzeichnete damals gegen die süddeutschen Budgetbewilliger auszusprechen hat, wird er sofort verstehen, warum wir den Beschluß vom 24. Oktober anders als er bewerten. Wir können es daher der Fraktionsmehrheit nicht allzu stark verübeln, wenn sie das gleiche tut. Wir stehen in der sozialen Beurteilung auch heute noch „an der Seite“ der „Volksstimme“, aber wir vermögen die Fraktionsmehrheit wegen ihrer Auslegung des Beschlusses nicht so sehr zu verurteilen, wie es in Mannheim und vielleicht auch anderwärts geschieht. Im übrigen: Exzitatorien gegen Parteibeschlüsse liegen wohl badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen ein bißchen „im Blute“. Der im Weltkrieg leider gefallene Genosse Ludwig Frank hat das auf dem Mannheimer Parteitag (1910) ungemein witzig und drastisch illustriert. („Ich heißt mei Hols, und daß mei Strah!“) Da sind wir halt etwas verächtlicher gestimmt; vielleicht ist daran aber auch das — — — Alter schuld.

Eine neue Erklärung

Dr. Mannheim, 14. Nov. Zu unserer heutigen Notiz „Eine Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Badens“ wird uns vom Landesvorstand (Gen. Georg Reinhold) mitgeteilt:

„Durch den Oberbairischen Landesdienst wird eine Erklärung der Öffentlichkeit übergeben, deren Inhalt sich gegen die Stellungnahme des Landesvorstandes der SPD, Badens in der Konkordatsfrage richtet. Diese Erklärung trägt die Unterschrift „Namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion“. Ohne auf den Inhalt dieser „Namens der Landtagsfraktion“ abgesehenen Erklärung im einzelnen einzugehen, lassen wir lebhaft fest, daß weder die badische Landtagsfraktion noch der Fraktionsvorstand vorher Kenntnis von dieser Erklärung hatten. Es ist also lediglich eine Fiktion der Fraktionsvorsitzenden.“

Wir wollen annehmen, daß mit dieser Erklärung der Austausch von „Kriegserklärungen“ zwischen Mannheim und Karlsruhe ein Ende gefunden hat.

Evangelischer Volksdienst gegen Konkordat

Dr. Karlsruhe, 14. Nov. Die Volksdienst-Korrespondenz schreibt: „Der geschäftsführende Landesvorstand und die Landtagsgruppe des badischen Evangelischen Volksdienstes beteiligten sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den angrenzenden sich hebenden Konkordatsfragen. Die Verlautbarung der evangelischen Kirchenregierung, welche die Bedenken gegen das Konkordat darlegt, wird durch den Volksdienst bestätigt. Das Konkordat ist ein Vertrag zum Ausdruck bringt, zeigt, daß bei den jetzigen Konkordatsverhandlungen der staatspolitische Grundgedanke der Parität verletzt worden ist.“

Da der Evangelische Volksdienst von allem Anfang an die kommenden Konkordatsverhandlungen ganz unter den

Wahrscheinlich gestellt hat, daß den Lebensinteressen beider Kirchen in gleicher Weise Rechnung getragen wird, sieht der Volksdienst angesichts dieser Sachlage keine Möglichkeit der Zustimmung.

Um zu verhindern, daß aus der unparitätischen Behandlung der Konfessionsfrage eine Beunruhigung entsteht, die sich bei der ohnehin vorhandenen politischen Zerrissenheit zum schweren Schaden auswirken muß, erklärt sich der Volksdienst gegen Staatsvertrag und Konfordat. Die Landtagsfraktion wird demgemäß gegen das gesamte Vertragswerk stimmen.

Bundeskonferenz des Reichsbanners

Berlin, 14. Nov. Am Samstag und Sonntag fand in Bremen eine Bundeskonferenz des Reichsbanners statt, an der die technischen Leiter der Gau-Organisationen teilnahmen. Als Vertreter der Organisation der Eisernen Front war der Vorsitzende der SPD, Reichsverbandsgeschäftsführer Otto Wels, für den NSDAP Bundessekretär Schimme, für die Arbeiterpartei Bildung und der Vorsitzende des NSDAP Reichsausschusses, Reichsausschreiber, anwesend.

Bundesführer Hilfermann führte nach Gedanken für die 15. Laten, die das Reichsbanner im Laufe des Jahres zu verzeichnen habe, unter anderem aus:

Das Ziel der Partei aber von heute ist, die Kraft der Arbeiterpartei zu stärken. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß die Methode des Faschismus an der Kraft der deutschen Arbeiterpartei scheitert. Den Kampf um die Niederbringung der Demokratie müssen wir rücksichtslos aufnehmen. Aber es gilt nicht nur Stimmen zu holen, sondern vor allem die guten und brauchbaren Kämpfer für die Idee der demokratischen Freiheit zu sammeln.

Sehr eingehend behandelte Hilfermann dann die Frage des Parteipostens, für dessen Durchführung auf breiterer Grundlage und unter Benutzung aller sich bietenden Gelegenheiten er sich unter dem Beifall der Tagung einsetzte. Über die Beteiligung des Reichsbanners am Freiwilligen Arbeitsdienst berichtete der Bundesreferent Dr. Schwanneke, daß von Reichsbanner 10 000 Kameraden in mehr als hundert Verbänden unter Leitung des Reichsbanners tätig seien. Weiter sind mehrere tausend Reichsbannerkameraden in Lagern der Ortsausgänge für die Jugend zusammengeschlossen. Am Sonntag nachmittags führten Abteilungen des Bremer und Hamburger Reichsbanner Wehrsportübungen, Gewandmärsche, Signal- und Blindübungen und Geländebungen in geschlossenen Formationen vor, die von den trotz härtester Kälte handlungsfähigen Kameraden von Zuschauern mit Interesse und Begeisterung aufgenommen wurden.

Abbau von 25 000 Staatsangestellten in Moskau

Moskau, 13. Nov. Die seit einiger Zeit in Angriff genommene Rationalisierung des Staatsapparates wird jetzt zu Maßnahmen in den Moskauer staatlichen Behörden führen, deren Personalbestand übermäßig angewachsen ist. Die Maßnahmen sollen den Beamtenstand der Moskauer Behörden wieder auf einen normalen Stand bringen. Voraussichtlich werden dadurch etwa 25 000 Personen in den Staatsbehörden Moskaus frei, denen vom Arbeitsamt neue Arbeitsstellen zugewiesen werden.

Die Vorgänge in Genf

Genf, 14. Nov. Der Demobilisierungsbefehl für das Genfer Regiment ist am Montag in Genf eingetroffen. Das Regiment mit Ausnahme einer Kompanie wird nach 17 Uhr entlassen werden. Das Bataillon bleibt zur Verfügung des Hauptmanns.

Genf, 14. Nov. Ein Justizrat namens Grandjean verurteilte am Montag in die Kaserne einzuschließen und sich sechs Karabinern zu bemächtigen. Er wurde von den Soldaten dabei überfallen, festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert.

Kadisches Landestheater

Die Erstaufführung des Lustspiels „Der Mann mit den grauen Schläfen“ von Leo Benz, inszeniert von Ulrich von Freund und mit den Damen Ernarr, Grog und Ademacher und den Herren Göder und Krosche besetzt, findet am Dienstag, den 15. November, 8 Uhr, im Kadischen Landestheater in Genf statt. Am Mittwoch, den 16. November, geht Berdis Dyer „Dhelfo“ mit Theo Strad in der Titelpartie in Szene. — Für die „Volksbühne“ kommt am Donnerstag, den 17., und Freitag, den 18. November, Donizettis Oper „Die Regimentstochter“ zur Wiederholung. Die Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß kommt am Samstag, den 19. November, zur dritten Aufführung. Schillers „Münchener“ gehen als Sonntags-Nachmittagsvorstellung in der Sondernieter für auswärtige Besucher am 20. November, in Szene, während abends Webers große romantische Oper „Heron“ zur Wiederholung gelangt. — Am Freitag, den 18. November, findet ein einmaliges Gastspiel des deutsch-russischen Kleinfesttheaters „Der blaue Vogel“ unter persönlicher Leitung und Mitwirkung des Direktors Juchowitsch statt. Das Programm enthält 12 vollkommen neue, hier noch nicht gesehene Nummern.

Regierung Braun ehrt Gerhart Hauptmann

Berlin, 14. Nov. (G.A. Melde.) Die preussische Staatsregierung hat in ihrer heutigen Staatsministerialbeschlusse auf Antrag des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Hermann Schulz, die Große Goldene Staatsmedaille Preußens für Verdienste um den Staat Gerhart Hauptmann zu seinem 70. Geburtstag zu verleihen.

Berlin, 14. Nov. Der Reichspräsident hat an Gerhart Hauptmann ein Glückwunschschreiben gerichtet.

Kriegsopfer und Arbeiter

Tagung des Reichsbundes in Königsberg

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der älteste und größte Bund der Kriegsopfer, hat in Königsberg, wo er in diesen Tagen seine 21. Reichskonferenz abhält, in gemeinsamer Front mit der Arbeiterpartei scharf und klar Kampfstellung gegen die Papenregierung bezogen. Kriegsopfer und Arbeiter sind heute mehr denn je gezwungen, gemeinsam zu marschieren — nicht nur, weil die große Masse der Kriegsopfer aus Arbeitern besteht, sondern weil die Lebensinteressen der Kriegsopfer von dem gleichen Feind bedroht sind wie die der Arbeiter. Kriegsinvaliden, Arbeitsinvaliden, Arbeitslose und Hocharbeitende — alle haben einen Feind: den Papenbaron, der über Hitlers Rücken in die Macht gestiegen ist.

Die Barone fürchtet die immer mehr sich festigende Volksfront gegen den neuen Kurs. Daher ihr Versuch, vor allem die Kriegsopfer durch das Angebot politischer Vorrechte zu überrennen. In Königsberg ist jedoch das von der Papenbarone den Kriegsopfern als „Geschenk“ angebotene Zusatzstimmrecht scharf abgelehnt worden. Der Bundesvorsitzende Pfänder erklärte, daß die im Reichsbund vereinigten Kriegsopfer die von der Reichsregierung angeführte Verfassungsreform für überflüssig und für die fortschrittliche Entwicklung der deutschen Sozialpolitik sowie der Kriegsopferversorgung gefährlich halten. Der Reichsbund siehe seit seiner Gründung im Jahre 1917 auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Kriegsopfer wollten keine Vorrechte, sondern gleiches Recht für alle. Die Kriegsopfer hätten von dem Zusatzstimmrecht auch nicht den geringsten Nutzen, wenn die Reichsregierung mit Hilfe einer Verfassungsreform ihren bisher bereits gefehrten antizipalen Kurs auf diese Jahre hinaus festsetze und die soziale Entrechtung der breiten Volksmassen wieder herstelle. Die Kriegsopfer wünschen nichts dringlicher als die Rückkehr zu geordneten verfassungsmäßigen parlamentarischen Verhältnissen; denn sie hätten bei der Wahrung ihrer sozialpolitischen Interessen mit der bisher zu Unrecht oft geschmähten Parlamentsdemokratie die besten Erfahrungen gemacht.

In der Verteidigung der Sozialpolitik, das heißt, an dem Kampf um einen sozialen Kurs haben die Kriegsopfer genau so wie die Arbeiter das denkbar größte Interesse. Der Reichsbund stellte daher in den Mittelteil seiner Königsberger Beratungen einen Vortrag des Nationalökonom Professor Dr. Paul Herberg von der Universität Jena über das Thema: „Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik“. In der Krise — so lautete im wesentlichen der Gedankengang Herbergs — verneinert die Wirtschaft der Gesellschaft die Mittel zur Erfüllung ihrer sozialpolitischen Pflichten, und aus Sorge um den Fortbestand des erschütterten Wirtschaftsapparates trauen sich die Organe des Staates nicht, auf dem notwendigen Schutz des Menschen zu bestehen. Die Sozialpolitik wird in der Krise zur unzureichenden Armenpflege. Die Betrachtung des Erwerbslosen-Hausbaus zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Sozialpolitik ihre Aufgabe in der Wirtschaftskrise nicht erfüllt. Gegen die Gesellschaftsordnung ist der schwere Vor-

wurf zu erheben, daß der Staat praktisch nicht in der Lage ist, die durch die Krise notwendig gewordene Korrektur in der Verteilung der Verbrauchseinkommen durchzuführen. Wenn sich aber einerseits die öffentliche Hand in der Krise nicht stark genug erweist, um die Forderungen der Sozialpolitik durchzuführen zu können, und wenn andererseits Wirtschaftsfreien als notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft über bloße Korrekturen hinaus einer anderen Wirtschaftsordnung zutreiben, in der durch planvolle Leitung der Wirtschaft Krisen vermieden werden und die öffentliche Hand stark genug ist, eine Verteilung durchzuführen, die von den Menschen als gerecht anerkannt werden kann. Gewiß bedarf gesunde Sozialpolitik einer gesunden Volkswirtschaft. Aber die Gesundung der Volkswirtschaft erfordert, daß bewußte Leitung an die Stelle des Mechanismus tritt, der seine Unzulänglichkeit in dieser Krise auch einem blinden Auge offenbart. Wenn sich Kräfte regen, bewußte Volkswirtschaft zu setzen, so müssen alle Kräfte mobilisiert werden, aber nicht um das alte System zu retten, sondern um das neue bauen zu helfen.

Die Not der Kriegsopfer wurde von dem zweiten Bundesvorsitzenden Noa durch Vergleich der Leistungen des Jahres 1927 mit denen des Jahres 1932 beleuchtet. In der Frage der Rentenversorgung machte Noa auf die Verletzung des Rechtsanspruchs in der Versorgung aufmerksam, wodurch die Kriegsopfer ähnlich wie die Arbeitslosen, schwer geschädigt wurden. Die Rentenversorgung sei durch eine Reihe von Notverordnungen in ihren Grundzügen bedenklich erschüttert. Die vom Reichstag geschaffenen Rente-Ansprüche hätten Leistungen und Personenkreis vergrößert, die von der Ministerialbürokratie geschaffenen Rente-Ansprüche dagegen hätten beides vermindert. Diese Unterscheidung in der Wirksamkeit des Parlaments gegenüber unfontrollierbarer Kräfte in der Notverordnungsgebung zeige deutlich, daß zum Werten der Organisation die Wiederherstellung der Demokratie dringend notwendig sei.

Auch in der großen, weltbewegenden Frage der Völkerverständigung, die durch den Kampf um die Abrüstung von neuem in den Vordergrund der internationalen Debatten gerückt wurde, ist die Kampffront der Kriegsopfer und Arbeiter auf der Tagung des Reichsbundes geklärt worden. Der Vertreter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verurteilte unter lebhaftem Beifall den Beitritt des Reichsbanners zur weit über 4 Millionen Mitglieder zählenden Kriegsopfer-Internationalen „Gianac“.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltet auch in diesem Jahr am Donnerstag wieder eine Feier zum Gedenken der im Weltkrieg gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundung n später gestorbenen Kameraden. Die Feier findet im Plenarsaal des Reichstages statt. Sie wird von der Funkstunde Berlin und der Mehrzahl der deutschen Sender sowie der Kavag aus Wien übertragen.

„Nationales“ Partei-Regime

Die Massen-Entlassungen von preussischen republikanischen Beamten

Als dieser Tage in der sozialdemokratischen Presse die ersten Nachrichten über den von den Papen-Kommissaren in Preußen geplanten Beamtenstausch auftauchten, hat Ministerpräsident Braun sofort ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er gegen die insinuierten durchgeführten Maßnahmen scharf protestierte. Der Reichspräsident hat auf diesen, vom 7. November datierten, Brief geantwortet, daß der Beamtenstausch dem Reichspräsident nicht widerstrehe. Hindenburg hat sich also vor die Papen-Barone gestellt!

Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Massen-Entlassung und Säuberung der preussischen Ministerien von republikanischen Beamten. Beachtenswert an diesen Zeitungskommentaren ist die Tatsache, daß viele Blätter an der von den heutigen Machtinhabern gegebenen Begründung für diesen Beamtenstausch achtlos vorbeigehen. Der amtliche Pressedienst der preussischen Staatskommission gab an, die Maßnahme gründe sich auf das Prinzip der Verbilligung und der Vereinfachung der Verwaltung. Das aber nur republikanische und ehemalige mittlere Beamte das alleinige Opfer dieses Sparplans geworden sind, kennzeichnet bereits das Entschuldigungs-gestammel der Reaktion, das in Wahrheit nur eine Zwecklüge ist. Sie ist der „autoritären und christlichen Staatsführung“ gut genug, die Mittel zum Zweck zu heiligen. Und dieser Zweck ist: die gesamte preussische Verwaltung wieder zu einer Domäne und Futtertröcke hitlerischer Junker und Korpsstudenten zu verwandeln. Es ist das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, der die völkische und staatsfeindliche Tendenz der Baronswirtschaft in folgenden Worten treffend charakterisiert: „Alles was republikanisch eingestellt oder verdächtig ist, wird beseitigt. Was haben die Kräfte, die heute regieren, für ein Geheiß gemacht wegen der „Parteiunabhängigkeit“ in Preußen. Und jetzt? Die dünne Oberfläch der heute Regierenden will nicht nur die Macht, sondern den gesamten Staatsapparat in die Hand bekommen.“ Wir verzichten auf die Wiedergabe anderer republikanischer und

demokratischer Stimmen und stieren das einseitig reißlos hinter dem Papenregime stehende Berliner Zeitungsunternehmen, das des Herrn Eugenbergs, der in seiner „Nachtausgabe“ laienhaft: „Die Pensionierung ist natürlich auch auf die politische Einstellung der betreffenden Beamten zurückzuführen“. In ihrem Triumphgeheul verärgert die schwarz-weiß-rote Baronspresse völlig, daß Herr von Papen und seine Kommissare nur entlassen haben, „um zu sparen!“ So bekräftigen die Papenblätter, daß die „Spar-Maß“ nur das Mäntelchen sein sollte für den wahren Zweck: Die Verwaltung und das Volk in die Zeiten Wilhelms II. zurückzuführen, wo die Herren fein häußertlich unter sich sind und das Volk gerade gut genug zu besaufen und das Maul zu halten.

Was die Beamten in Zukunft von den Aufkassierern in Preußen-Deutschland zu erwarten haben, beweist die Art und Weise, wie höhere republikanische Beamte der preussischen Ministerien in den einseitigen Rubelstand verlegt worden sind. Die „autoritäre Staatsführung“ fand es nicht einmal der Mühe wert, die Entlassenen vorher persönlich zu benachrichtigen. Nachmittags gingen sie ahnungslos aus ihrem Dienst und abends erhuben sie durch den Rundfunk, daß sie in den Rubelstand verlegt seien. Wer nicht am Radio saß, dem konnte es passieren, daß ihm am nächsten Morgen die Zeitung oder gar die Milchfrau die Nachricht von seiner Amtsenthebung als Neuigkeit überbrachte.

So wurden 68 höhere Beamte der Ministerien behandelt, unter denen sich anerkannte und hochgeschätzte Wissenschaftler befinden und teilweise Staatsdiener, die sich seit 25 Jahren und länger hervorragende Verdienste für Staat und Volk erworben haben. Jede Hausfrau würde sich schämen, in solcher Weise ihre Hausangestellte zu behandeln, wie es sich die höchsten Beamten von den Herren Papen und Bracht gefallen lassen mußten. Das eröffnete gleichzeitig einen Blick in die soziale Gefinnung der neuen Machthaber und zeigt, welcher Art nach ihrer Meinung die Beamtenpolitik sein muß.

Weiß jemand einen besseren Trank, als Milchkafee mit Mühlen Franck?



Die gute Kaffeewürze Mühlen Franck wird aus Edelzichorie hergestellt.

Alleinige Fabrikanten Heinrich Franck Söhne, Ludwigsburg/Wabg.



Theater - Musik

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: „Florian Geher“

von Gerhart Hauptmann.

Das Badische Landestheater hat sich zum fleißigsten Werkstätten des größten lebenden deutschen Dichters nicht in große Entlohnung getraut. Es sieht fast so aus, als wäre es von dem Jubiläum Hauptmanns überrascht worden. In Eile wird der „Florian Geher“ herausgeholt, in einer Neuaufbereitung, wie der Theaterjargon verfährt. Es ist uns aber nicht aufgefallen, was an dieser Aufführung neu oder anders als an der vor 5 Jahren gemachten wäre. Und es möchte uns fast behagen, daß der Anlaß die Wiederaufnahme eines der vielen anderen, seltener gehörten Werke Hauptmanns gerechtfertigt hätte. Wie wir schon mehrfach betont, liegt unser Theater allzuoft die ausgetretenen Pfade. Abwechslung im Programm regt aber den Appetit an, und so bleibt im Interesse der Vitalität unserer Landesbühne zu bedauern, daß es vom Ehrenamt Hauptmanns nur mit einer mehr oder weniger ernst gemeinten Hilfe Notiz nimmt.

Im sich fand die Aufführung auf guter Höhe. Herr Hauptmanns Regiewillen gelangen Szenen von flüchtiger Schönheit. Auch der Text erfuhr eine sorgsame Behandlung, so daß die ungewohnten, vielfältigen und inhaltreichen Situationen zu kräftigen Leben erfuhr. Herr Diehl's feilsche Regie führte die Handlung in einer abgerundeten, mannigfaltigen Weise, dessen menschliche Tragik sich erschütternd offenbarte. Auf der gleichen Linie war der fülle und feine, innerlich längst gebrochene Hölzler des Herrn Prater angelegt. Noch andere würdige und nennenswerte Erscheinungen ragten aus dem Gewimmel der nahezu 50 Gestalten. Wir führen an die Herren Brand, Klose, v. d. Trenck, Pöhl, Lehmann, Gemme und ganz besonders Schulze, dessen Kellermann zu den besten Erscheinungen des Abends gehörte. Besondere Anerkennung gebührt Fräulein Vertram für die Gehaltigkeit bewährte Lagerbirne Marek. Das Publikum vergaß nicht mit Beifall.

auf wirklichen Qualitäten beruhen. Bisher muten uns die Stoffe dieser Komischer Dagen reichlich verstaubt, überaltert, ja sogar läppisch und ungerührt an; und es ist lediglich das geistige musikalische Kleid, das den verdrängten Gegenstand konterbiert. Die „Regimentskinder“ der Bergamasker Donizetti steht nicht in dieser Reihe. Der Stoff, aus so entlegener Epoche er geholt sein mag, begegnet heute noch dem Interesse der Zuschauer. Er läßt sich groß auf die Formel des Kampfes zwischen Konvention und Natur bringen. Schlägt schon das feldatische Element des ersten Aktes durch seine Frische stark ein, so wirkt der zweite Teil mit der wirksamen Gegenüberstellung des hochadligen Milieus mit seiner Herzensbürde einerseits und dem fröhlichen, naturgemäßen, blutvollen Leben des Soldatenums andererseits z. T. fast modern und aktuell. Die Schmachthän der von einer fast lächelnden Barone regierten Zuschauer sehen erfreulicherweise nicht auf Seiten des Adels mit seinem falschen Glanz, und jedermann wird die großzügige Geste der ehemaligen Markgräfinen billigen, wenn sie der Stimme ihres Herzens folgt und die Keigung verrät, ihrer großen Stellung zu entsagen. Freilich wird das heilig und erst durch eine schöne Selbstüberwindung wirklichen Adels verrät, so daß sie uns doch wieder Achtung abtrotzt und wir sie des Soldatenlufes für würdig erachten, den der bühnenreife Sergeant Sulzich ihr zugebott hat.

Der an sich nicht unbedeutende Stoff wird durch eine gefällige Musik noch gehoben. Donizetti ist einer der Nachfolger Rossinis, der zu seiner Zeit der italienischen Musik durch seine frische Neuartigkeit und eine unerhörliche Fülle von Melodien neues Leben einhauchte und die Welt Europas zur Begeisterung hinriß. Selbst Goethe zeigte sich von ihm bezaubert, trotz der gelegentlichen Flachheit dieser Musik, die aber im besten Sinne populär ist. Donizetti hat ebenfalls den Sinn für das feine Melos, und viele Stellen seiner Regimentskinder scheinen unverwundlich.

Im Vordergrund der von B. Brunscha lebendig und farbig inszenierten und hier bereits gewürdigten Aufführung stand Fräulein Vertram als Marie, Herr Kretzschmar als Antonio und Herr Pöhl als Sulzich. Fräulein Vertram entlegte sich ihrer Aufgabe mit einer naturbedingten Munterkeit, die der weiblichen Charme doch nicht vermissen ließ. Ihre gesungene Partitur und die Art, wie sie mit geschickten Händen die Trümmer des Regiments trug, trugen ihr bei offener Szene Applaus ein. Die übrigen Rollen lagen in den Händen von G. Friede Habertorn, Wera Kraker, den Herren Klose und Lindemann. Reicher Beifall ward den Künstlern, die gelanglich wie darstellerisch ihr Bestes gaben und unsere Volkstheatermitglieder sichlich zufriedenstellten. Herr Kapellmeister Kellibert holte sich mit der Überzeugung einen wohlverdienten Sonderapplaus.

Vorträge

Vortrag über Membrandt.

Unter der Bezeichnung „Freunde der Badischen Kunststätte“ hat sich in Karlsruhe ein Kreis von Kunstfreunden zusammengeschlossen, der in der Entwicklung der Kunst lebhaft interessiert ist, sich zur Aufgabe macht, die Wichtigen und Ziele der Badischen Kunststätte kräftig zu fördern. Wie schon in den letzten Jahren veranstaltet er auch diesen Winter eine Anzahl Vorträge, die mit Kunstgelehrten der Vergangenheit und Gegenwart betraut werden sollen. Die überwiegen das Schaffen moderner Meister zum Gegenstand haben. Der erste dieswintertliche Vortrag „Membrandt und der Orient“ fand im neu eröffneten Kunstvereinsklub statt und gab Fräulein Dr. Fißel Gelegenheit zahlreiche Gäste und Mitglieder zu begrüßen. Der Vortrag des Abends, Prof. Dr. Fraenger, Direktor der Stadtbibliothek in Mannheim, behandelte sein Thema nicht nur vom kunsthistorischen und ästhetischen Standpunkt aus, sondern wußte durch eingehende kulturhistorische Erläuterungen über die Lebensbedingungen der Juden in Amsterdum zur Zeit Membrandts das Interesse seiner Zuhörer zu fesseln. Schon lange ehe Membrandt sein Haus im Judenviertel bezog, hat es ihm die Mystik, der Braut und der Schmutz orientalischen Lebens angeht. Daß Membrandt so gerne verhüllte Menschen in fantastischen Aufzügen malte, hat man als besondere Eigenart nordischer Kunstgenossen erkennen wollen. Im Gegensatz zur italienischen Renaissance, die gleich ihren griechischen Vorbildern die menschlichen Gestalten in der Natur darzustellen bemühte, Membrandts Keigung aber fand sich in der Romantik, er ist ein Epitaph großer Stills, dem jede Brüderlichkeit war. Durch sein ganzes Leben zieht dieser Einfluß des Orients, der sich mit den reifenden Jahren des Künstlers zu immer tieferer Verinnerlichung wandelt.

Schauburg: „Annemarie, die Braut der Kompagnie“

Die Flut der Militärischwäne und -Pölsen schlägt besonders hohe Wellen. Zwar hört man nichts von Kanonenbonnen, Maschinen-gewehrfeuer, erschrickt nicht ob der einplattendenden Bomben und schaut seine Zerführung, in der ängstliche Menschen ihr Leben zu retten versuchen oder sich vor den dicken Schwaden der Gase retten wollen. Dafür strahlt das Soldatenleben in den buntesten Farben, die sich ein junger frummer Mann nur vorstellen kann. Weit gefehlt zu glauben, die Wahrheit feiert Triumphe. Mag sein, daß die ober jene tolle Begebenheit auch wirklich vorfam, sonst aber ist natürlich die Annemarie, als Braut der Kompagnie, entchieden übertrieben. Uebertrieben mit den einfachsten Mitteln, deren sich die Spielleitung sohalber nur bedienen konnte. Es hagelt geradezu Pointen, deren Wirkung sich der Ernsthafteste nicht verschließen kann. Mannschaft und Offiziere zeichnete man, denken wir an die Seitenpränge in Bezug auf Pousage, in einigermaßen glaubhaften Formen. Es ist löstlich, mit anzusehen, was für Auswüchse ein Befehl haben kann, wenn er nur um des Befehls willen statt vernünftig gegeben wird. Verständig gegeben kann man die ganze Blütenle militärischer Auswüchse doch nur von der leichteren, unterhaltbaren Seite nehmen, wennalich immer der Hintergedanke einer Glorifizierung des Militarismus darüber schwebt. Doch muß zugegeben werden, daß von Parteilichkeit nicht die Rede ist. Denn so manches ist auf dem Defekt, wenn auch schon dem Ansehen der Kompagnie bei der ganzen Geschichte ist doch nur, daß die Annemarie ihren Musikstiefel kriegt; anfangs ist sie arg schicklich, allmählich aber wird sie langsam warm, als sie merkt, daß sie auch hübsch sein kann und die Soldatenköpfe zu verwirren imstande ist. Zu dem ganzen irührenden Bildhau eine frischfröhliche Schlägerei wegen dem Mädel, dazu Trari-Trara und ein bisschen Marschmusik; alles ist in Hochform, hauptsächlich Lucie Enalisch. Wie gesagt, ein Lachschlager a la „Drei Tage Mittel-errett“ und „Keller hat Ruh“. Man will ja nur lachen und sich freuen, das kann man uneingeschränkt. Das Ganze ist doch nur Melioria.

Reiz: „Die Herrin von Atlantis.“

Als Gesamtwerk genommen ist der Film die Konzentration von dem, was uns unerfährlich, fabelhaft erscheint und immer undenkbar ist ein Häufel Vieh, das über den todbringenden Schlund der Welt schwimmt wie ein Rauber der Vergangenheit, gleich einer Mäe aus 1000 und einer Nacht umhoben von Geheimnissen. Es ist die himmlische Dichtung von Menschheitsträumen, dessen Manuskript- und Drehbuchmotive ja von dem belandischen Dichter-Philosophen Plotin im Grunde genommen berühren. In dessen Phantasie lebte eben jenes Weltreich „Atlantis“, worin wir Menschen der Zeitgeist, die wir den Film anschauen, vielleicht verwirklichen magis. Die Herrin von Atlantis nach unbestimmten erbliden mögen; ein Eingezogenen nach einem Rand, um dabei zu bleiben, des Friedens, der Schönheit und Freude, das allerdings, und das ist das Bedrückende, unbedrückendes Verlangen, Sehnsucht bleiben wird, deren dauernder Bestand ein Sinnbild in der Entfernung des jungen Rahlins der Fremdenwelt vom Fort und dem Juge nach Atlantis liegt. Die Darstellung hält sich, mit Ausnahme des Reimans - Vladimir Solofski - nicht viel über den Durchschnitt, abgesehen von Trägern kleinerer Rollen. Das Schicksal der Regie Wacht hat den ontischen Stoff so gefordert, daß ein ausgeprägter Abenteuerfilm entstand, den man nicht ohne tiefen Eindruck sehen wird, obwohl man sich die ganze Sache etwas grandioser ausgemalt hat.

Die Wochenschau unterrichtet prompt und der Städte-Exkurs-Film „Mein Name ist Kampf“ ist eine Erleuchtung gegenüber dem spannenden Hauptteil.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

- Lebensfälle und Beerdigungsseiten.** 11. Nov.: Josef Kars, Kaufmann, Witwer, alt 80 Jahre. — 12. Nov.: Ella Reichenbacher, alt 89 Jahre, Ehefrau von Karl Reichenbacher, Witt. Beerdigung am 15. November, 14.30 Uhr. Maria Weishaupt, alt 20 Jahre, ohne Beruf, ledig. Otto Weibel, Ministerialoberrechnungsrat a. D., Witwer, alt 75 Jahre (Worsheim). — 13. Nov.: Helene Peter, alt 74 Jahre, Ehefrau von Josef Peter, städt. Arbeiter a. D. Beerdigung am 16. November, 14 Uhr. Karl Sipp, Kaufmann, Chemann, alt 59 Jahre. Feuerbestattung am 15. November, 14 Uhr. Dr. Edward Brian, Medizinalrat, prakt. Arzt, Chemann, alt 85 Jahre. Feuerbestattung am 16. November 14.30 Uhr. Adolf Schanno, Bierbrauer, Chemann, alt 62 Jahre. Beerdigung am 15. November, 15 Uhr. — 14. Nov.: Gottlieb Schilling, alt 82 Jahre, Witwe von Bernhard Schilling, Schreiner. Beerdigung am 16. November, 13 Uhr. Magdalena Griebel, alt 70 Jahre, Witwe von Karl Griebel, Schlosser. Beerdigung am 16. November, 13.30 Uhr. Paul Weise, Schneider, Chemann, alt 67 Jahre. Beerdigung am 16. November, 14.30 Uhr. Hans Treiber von Salmtuth, Oberst a. D., Witwer, alt 77 Jahre (Wallenfels).

Nur ja nicht fortzuschütten!

Das wäre schade, um die gute Verfassung. Man soll zwar eine gebrauchte Sache nicht mehr zum Schaden der Weltbewohner und dergleichen — eignet sie sich noch vorzüglich! Doch niemals vergessen: Für jeden Rest Weltbewohner jedesmal eine frische Saugung Lati ansetzen.

Zweites Sinfonie-Konzert

Deute, wo es um den viel angefeindeten „getauften Menschen“ Mahler ruhiger geworden ist, steht nur noch der Musiker, der Komposition Mahler zur Disposition. Und diese ist auch abgeschossen. Döbner bleibt noch die frane offen, ob Mahler zu den Klassikern zu zählen ist, oder ob er als einer der Wegbereiter der Moderne angesehen werden darf. Die Urteile einiger tiefgründiger Mahler-Kennner gehen hier noch auseinander. Der frühe Mahler ist klassischer, in den letzten Schöpfungen lassen sich jedoch sehr merkwürdige Spuren der Wiener Neutöne nachweisen, ganz offensichtlich im „Lied von der Erde“ und da wieder im „Der Einsame im Herbst“. Das der Vollblutmusiker Mahler an den Offenbarungen der Moderne nicht ahnungslos vorübergehen konnte, ist selbstverständlich. Er hat in seinem „Lied von der Erde“, das nichts Topisches von einer Sinfonie aufweist, sich textlich wie musikalisch der Epoche mit Wort und Saar verschrieben. Sein Genie hat sich bei dieser Schöpfung ganz und gar in die Epoche eingelebt, es ließ keine Rücksicht gelten zu, es blieb bis zum letzten Ton in einer anderen Welt verhaftet. Es war gleichsam kranken von der Schönheit, mit der die klassischen Dichter finnen. Mit der gleichen Inbrunst finat auch Mahler seine wunderbaren Weiten. Die Eroica Mahlers im „Lied von der Erde“ ist weniger greifbar wie die Verdis in der „Aida“ oder Straußens in der „Salome“, oder Puccinis in der „Butterfly“ oder Turandot. Mahler behandelt seinen Stoff feingefühler, feelsensvoller, mit einem nachdenklichen Innensinn, mit einer Lebensnähe, die unmissbar in einer ferneren Frühlingsszene und die doch ausfinit in einer schwermütlichen Weltanschauung, deren letztes Ziel in der „Ewigkeit blaut“. Der Komponist zeigt sich hier als ein vollendeter Vorker, der mit Tischen und Tinten, wie sie nur der Welt traumhafte Gebilde aufzeichnen. Generalmusikdirektor Krips hat mit seinem Orchester und zwei ganz ausserordentlichen Musikern, Louise Müller und Ludwig Graeber, dem einsigenartigen Werk eine vollendete Wiedergabe aneilen werden lassen. In den Anfang des Abends war Mozarts G-Moll-Sinfonie gespielt. Ihre feinsinnüberliche etwas trodene Durchführung fand lebhaften Beifall.

Volkstheater

November-Vorstellung „Die Regimentskinder“.

Wenn ein musikalisches Werk letzterem Genres auf das respektable Alter von 92 Jahren zurückblickt und immer noch den Zuhörern Beifall entlockt, so muß solche Dauerverwirklichung

Empfehlenswerte Geschäfte vom Marktplatz bis Mühlburger Tor

Juwelier und Goldschmied Friedrich Abt Waldstr. 53, zwischen Pögel & Hofmann u. Kaffee Museum	Beste Spezialgeschäfte für Solinger Stahlwaren, Bestecke, Waffen Mantion
Rechtung! Wir arbeiten alles in eigener bestergerichtetes Werkstätte reell, gut und billig Besuchen Sie die beiden Schaufenster Büchsenabkommen Telefon 7684	Geschw. Schmid Kaisersstraße 89
Japan-, Ghina-, Orientwaren, Tee, Kaffee Wilkenhorst's Importhaus, Passage 15	P. Schäfer Schleiererei - Messerschmiede Seyppstr. 22
Klischees NUR BEIM FACHMANN W-RIEGGER Herrnstr. 48 - Fernruf 2344	Gleitz, Licht- u. Kraftanlagen Reparaturen jeder Art Grund & Gehmichen Waldstraße 26 / Fernruf 230
Friedrich Chr. Kiefer Jah. Hoch. Einstedler Doppelstraße 6 / Fernruf 254 / liefert alle Sorten Hausbrandkohlen, Koks, Briquets, Holz preiswert und pünktlich	Radio König Kaisersstraße 112, Telefon 2141

Frau und Gewerkschaft

Auch für Frauen haben sich die Zeiten nicht unbedeutend geändert. Heute ist der Wirkungskreis der Frau doch ein wesentlich anderer als velleicht vor einem halben Jahrhundert. Die Bindung an die Hauswirtschaft ist in dieser Entwicklung des Beständes geblieben, aber als mit gut erachtet ist das junge Mädchen, die Tochter ihr und zum großen Teil nach der Vorbereitung zu wirtschaftlicher Arbeit verurteilt. Warum muß das so sein? Weil das Verhältnis der Lebenskosten zu dem Entgelt für geleistete Arbeit in freiwirtschaftlichen, ungerechten Verhältnis steht. Würde die Frau nicht miltarbeiten, dann wäre es in vielen Fällen gänzlich unmöglich, daß junge Leute an eine Ehe noch denken könnten.

Gerade in der Berufslosigkeit ist mondes Mädchen und mande Frau oft direkt gezwungen, in diesem Frauenlot zu stehen. Nun kann man ja darüber verschiedener Meinung sein. Grundsätzlich darf man den Stolz einer Frau als etwas Erhabenes anprechen. Findet man ihn heutzutage genügend oft?

Viele Mädchen und Frauen gibt es noch immer, die es unter ihrer faunmännlichen Ehre, unter ihrem Stolz, am berechtigten Glabe, halten, über Organisationsfragen zu reden. Daraus resultiert auch, daß es sehr schwer fällt, die Frauen zu überzeugen, daß die Organisation eine Notwendigkeit ist. Wenn man ein klein wenig die Augen offen hält, dann kann auch jedes weibliche Wesen heute feststellen, daß die Dinge besser entfont werden, die am besten organisiert sind. Auch das angeborene Reformtalent des weiblichen Wesens sollte es nicht verhindern, immer mehr der auszunutzen, was man für die Gewerkschaftsbeiträge alles fah hätte kaufen und anschaffen können. Denn das ist kurzfristig. In der Ehe ist mehr noch wie wo anders das geistige Band das, was aneinanderbestet. Man soll mit seiner Frau nicht nur das Häusliche und velleicht einmal einige Venedenheiten aus der Bettungsdrift „aus aller Welt“ erörtern, sondern soll sie selbständig lassen an musikalischen, künstlerischen Genüssen, auch an Debatten über Politik und gewerkschaftlichen Organisationsfragen. Es müßte die Berufstung gemeinsamen Verständnisses beitragen haben. Die Frau muß wissen, warum und weshalb ihr Mann das und jenes in den und jenen Dingen tut und dann wird viel leichter mancher erregte Zwischenfall schon vorher gemildert sein. Die Frau darf sich aber auch nicht als so stolz und zu erhaben dünken, sich verlebend und begreifend der artigen Frauen anzuschließen. Die meisten Männer haben selber auf die Fragen der Frauen meistens die gerade fällige Antwort: „Ja, das versteht sich ja nicht!“ Damit sind sie oft aus dem Wege gegangen und sie haben sich vor weiteren Fragen geschüt.

R. R. S. O. P. 114.

Herren-Wäsche Oberhemden, Sporthemden kaufen Sie vorteilhaft und billig bei Wäsche-Lutz Waldstraße 14, neben Goosemann Besuchen Sie die Schaufensterauslage	Kratz Waldstraße 3, neben Gats Nage Schillerstr. 2 Zahnhöhlen
Wo wähl' ich meine Möbel aus Nur im Passage-Möbelhaus Passage 5a, Ecke Wald- und Kaiserstr.	
Handarbeiten Wolle, Strümpfe Stets das Neueste zum billigsten Preis	Hilberg's Oberhemden sind Bielefelder Qualitätszeugnisse Wäsche-Hilberg Sophienstr. Ecke Waldstr.
Vieser G. m. b. H. Karlsruhe, Kaiserstr. 225	Junker & Ruh-Gasherde Kohlenherde v. Mk. 70.- an im Fachgeschäft K. Haug, Karlstr. 28
Wäsche und Betten preiswert und gut bei Christ. Certel Jetzt Kaisersstraße 191	



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

15. November.

1630 * Astronom Johannes Kepler. — 1862 * Gerhart Hauptmann. — 1918 Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses, Wiedereinsetzung des Herrenhauses. — 1920 Erste Wälder-Bunderversammlung in Genf. — 1923 Einführung der Rentenmark. — 1927 Frost und Sinowjew aus R.P. ausgeschlossen.

Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932

in der Stadt Karlsruhe

(Mitgeteilt vom Städt. Statist. Amt.)

Der Vergleich des vorläufigen Wahlergebnisses vom Wahlabend mit den Wahlprotokollen hat Änderungen im üblichen Umfange ergeben. In gültigen Stimmen sind in Karlsruhe nunmehr abgegeben worden für:

Amtl. Nr.		Juli 1932	Juli 1932
1	Nationalsoz. Dt. Arb. P. (Hitler)	33 666 = 37,66 %	36 624 = 40,26 %
5	1) Dtsch. Volksp.	5 047 = 5,64 „	3 794 = 4,17 „
5a)	2) Radikaler Mittelst.	99 = 0,11 „	—
7	1) Dtsche. Volksp.	3 209 = 3,51 „	1 542 = 1,70 „
26	1) Kleinrentn., Inflat.-Geldbesitzer u. Fortkriess.-Geldbesitzer	52 = 0,06 „	48* = 0,10 „
9	2) Genau. Volksdienst	1 616 = 1,81 „	1 507 = 1,66 „
9a)	2) Schicksalsgemeinsch. Dt. Erwerbel.	91 = 0,10 „	—
14	2) Volksrechtsp.	115 = 0,13 „	153 = 0,17 „
10	2) Rn.d.Dtsch. Mittelst. (Wirtschaftsp.)	377 = 0,42 „	628 = 0,69 „
4	2) Zentrumsp.	14 794 = 16,55 „	16 017 = 17,61 „
11	2) Vereinte Bauern (Dtsch. Bauernsp.)	8 = 0,01 „	29 = 0,03 „
8	2) Dtsche. Staatsp.	2 081 = 2,33 „	2 018 = 2,22 „
27	2) Nationales Freiheitsp.	9 = 0,01 „	—
28	2) Dtsche. Reformp.	8 = 0,01 „	—
2	2) Sozialdem. P.	16 514 = 18,47 „	19 015 = 20,91 „
17	2) Sozial-Republ. P.	15 = 0,02 „	—
18	2) Sozial-f. Arb. P.	55 = 0,06 „	100 = 0,11 „
3	2) Kommun. P.	11 611 = 12,99 „	9 351 = 10,28 „
21	2) Freiwirtschaft. P.	—	22 = 0,02 „
25	2) Kampfbündnis der Arb. u. Bauern	4 = 0,01 „	19* = 0,02 „
19	2) Bolshewik	5 = 0,01 „	3 = 0,00 „
	2) V.D. Gerechtigkeitsbewegung etc.	—	49 = 0,05 „
	Zuf.: 89 393 = 100 %	90 955 = 100 %	
	Dazu ungültige Stimmen: 820	788	
	Zuf. Unstimmende: 90 213	91 743	

Bei der Wahl vom Juli 1932 wurden 7716 Stimmzettel ausgestellt und 4575 Stimmzettel-Wähler erschienen an der Urne. Im November dagegen waren nur 3 420 anwesend, d. h. 4 296 weniger, und nur 3 100 wurden abgegeben, d. h. 1 475 weniger als im Juli. Insgesamt haben am Wahlsonntag 90 213 Wahlberechtigte abgestimmt (im Juli: 91 743); das sind 77,05 Proz. (Juli 32: 76,97 Prozent) aller als wahlberechtigt in die Kartei eingetragenen. Käst man — das entspricht auch der Vorbericht des Reichswahlleiters — von den Wahlberechtigten die unberücksichtigten, welche Stimmzettel erhalten haben, und schließt man diejenigen zu, welche Stimmzettel abgegeben haben, so ergeben sich wesentlich andere Ziffern. Denn im Juli übertraf die Zahl der ausgestellten Stimmzettel die der abgegebenen um 3 141, jetzt aber nur um 320, vor allem weil eben damals viel mehr Karlsruher außerhalb wählten als jetzt. Nach dieser Berechnung gab es in Karlsruhe im Juli 116 068 Wahlberechtigte, im November aber 116 768. Davon hatten gewählt 77 28 Prozent, im Juli aber 79,05 Prozent. Also hätten jetzt gegenüber Juli noch weitere 1,79 Prozent der Wahlberechtigten auf die Ausübung ihres Wahlrechtes verzichtet. D. h. zu den 24 315 Nichtwählern vom Juli sind weitere 2 240 gekommen und nicht nur 1 530, wie es auf den ersten Blick der Fall zu sein scheint. Diesmal sind also 26 555 in Karlsruhe Wahlberechtigte nicht an der Urne erschienen.

In allen diesen Ziffern ist auch das Ergebnis vom Wahllokal Hauptbahnhof enthalten, dessen Resultat am Wahlsonntag abend in die Karlsruher Ziffern nicht mehr aufgenommen werden konnte, weil es bei Feststellung des vorläufigen Ergebnisses (kurz nach 9 Uhr) noch nicht vorlag. Denn am Bahnhof war erst 10 Uhr Schluss. Im ganzen sind dort 312 gültige und 1 ungültige Stimme abgegeben, d. h. 581 weniger als im Juli. Bekanntlich konnte dort nur auf Stimmzettel gewälzt werden; die meisten Stimmzettel stammten aus diesmal von Karlsruhe.

- 1) Gemeinamer Reichswahlvorstand.
- 2) Mittelander verbunden im Wahlkreisverband und gemeinamer Reichswahlvorstand.
- 3) Mittelander verbunden im Wahlkreisverband und gemeinamer Reichswahlvorstand.
- 4) Einzel. Interessengemeinschaft der Kleinrentner etc.
- 5) einzahl. Arbeiter- und Bauernp.

Wünsche des Handwerks

Der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe befaßt sich eingehend mit den Reichszusätzen zu Instandsetzungen. Er wünscht einen späteren Endtermin für den Beginn der Instandsetzungsarbeiten als 1. April, weil in dieser Jahreszeit bei der Unbeständigkeit des Wetters viele Arbeiten nicht angefangen werden können. Weiter gehen die mit der Verwaltung der Zuschußgeber beauftragten Gemeindefellen nur zögernd an den Abruf der ihnen zufallenden Quoten. Die Kammer hat unbeschadet der weitergehenden Forderung wegen Einbeziehung der Gebäufeländerer in das Steuerzuschußverfahren eine Fortfinanzierung der Steuerzuschüsse für Grundsteuerabgaben angeregt, um so die Beschaffung der fehlenden Mittel (der Reichszuschuß wird nur in Höhe eines Fünftels der Kosten gewährt) zu erreichen. Unzulänglich hält die Kammer die Erweiterung des Begriffs Instandsetzungsarbeiten auch auf die sogenannten Schönheitsreparaturen. Man wird wegen der allzu engstirnig gefaßten badischen Durchführungsbestimmungen vorstellig werden. Strikte abgelehnt wird die Beteiligung vor sogenannten Generalunternehmern an den Instandsetzungsarbeiten, welche die gesamten an einem Objekt anfallenden Aufträge übernehmen wollen. Man sollte nach Meinung der Kammer unbedingt auch Hotels, Kurhäuser, Gasthäuser und Wirtschaftsämtern in die zuschufberechtigten Gebäude einziehen, weil sie nicht ausschließlich gewerblichen Zwecken dienen, sondern teilweise als Wohnungen für die Familie und das Personal verwendet werden.

Das Handwerk fordert für sich, wie dies der Landwirtschaft bereits zugefallen worden ist, die Herausgabe von Steuer-

Karlsruher Verkehrsprobleme

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Karlsruher Straßenverkehr ungenügend oder unbefriedigend geregelt ist. Die Behebung der Verkehrsschwierigkeiten, oder wenigstens eine einigermaßen den modernen Verkehrsverhältnissen und Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragende Regelung des Verkehrs in der Stadt und durch die Stadt gehört wohl zu den schwierigsten Problemen, Lösung den staatlichen und städtischen zuständigen Stellen obliegt. In dieser Lösung sind nicht nur die „Arbeiter“ der heutigen Verkehrsunternehmungen, die Auto- und Kraftwagenbesitzer, interessiert, sondern im gleichen Maße auch die „Arbeiter“ der heutigen Verkehrsunternehmungen, die Arbeiter-Kraftfahrer, die Radfahrer, die Fußgänger, die Arbeitnehmer und die gesamte Geschäftswelt. Die Behebung und einigermaßen brauchbare Lösung dieser Verkehrsprobleme liegt also im Interesse der Gesamtheit der Stadtbevölkerung.

Es ist daher zu begrüßen, daß der Deutsche Reichs-Auto-Club, Ortsgruppe Karlsruhe, die Initiative ergreifen hat und die Behebung der Karlsruher Verkehrsprobleme in den Bereich seiner Aufgaben mit aufgenommen hat. Der Deutsche Reichs-Auto-Club hatte auf Freitag abend seine Mitglieder, die staatlichen und städtischen Behörden und alle Interessenten von Verkehrsangelegenheiten zu einer Aussprache über „Karlsruher Verkehrsprobleme“ in seine Clublokal Hotel Reichshof eingeladen, welcher Einladung sehr zahlreich Folge gegeben wurde. Der Vorsitzende des D.R.A.C., Herr Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer, konnte eine stattliche Anzahl Gäste begrüßen, u. a. Vertreter der Bürgervereine, der Karlsruher Arbeitervereine, der Polizei, des Vereins für Radfahrwege, des Verkehrsvereins, der Arbeiter-Kraftfahrer, des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer usw. Herr Dr. Oppenheimer erläuterte einleitend Zweck und Ziel der Besprechung, er zählte zugleich auch die wichtigsten Probleme auf, die im Mittelpunkt der Erörterung zu stehen hätten, so u. a., welche Straßen als Fernverkehrsstraßen geführt werden sollen; ob die Kaiserstraße als Fernverkehrsstraße in Betracht kommen soll; ob eine West-Ost-Verbindung durch die Amalienstraße mit Durchbruch des Erbprinzen- und eventuell Namburggartens möglich ist; wie die Kaiserstraße entlastet werden

soll; die Frage der Einbahnstraßen, der Parkplätze; ob ein Ausbau des Parkens auf der Kaiserstraße angebracht ist; dann die Frage der Radfahrer- und Radfahrwege; auch die Fußgängerfrage ist ein Problem; weiter ist wichtig die Frage des Suspendens des Signalens, die Frage der Ubergänge; deren Sicherung; die Platzgestaltung in Karlsruhe; die neue Verkehrsregelung am Hauptbahnhof. Es war eine Ueberfülle von Fragen, die Herr Dr. Oppenheimer anschnitt, aufwarf und zur Erörterung stellte. Clubmitglieder Regierungsbaumeister M a b l und Dr. M a b l gaben eine Anzahl Pläne an, die im Saale aufgestellt waren, wie auch ein großer Stadtplan von Karlsruhe.

An die einleitenden Darlegungen von Herrn Dr. Oppenheimer schloß sich eine sehr rege und ausgedehnte Aussprache an, die eine Fülle weiterer Fragen anschnitt. Die Teilnehmer brachten ihre Wünsche vor, der Vertreter der Bürgervereine hatte mancherlei Anregungen, der Karlsruher Arbeiterverein eine vernünftigen und sachgemäßen Verkehrsregelung. Der Gesamtverband betonte Gen. F i ö g e r das Interesse der Arbeiterklasse, aller Kategorien der im Verkehrsgebiete beschäftigten Arbeitnehmer an diesen Fragen. Gen. F i ö g e r betonte, daß der Verkehrsverein jährlich mehrere Millionen Unterhaltungsarbeiten, manche Millionen kosten vermindert werden, wenn man an die Durchführung dieser Projekte ginge, z. B. den Durchbruch der Kaiserstraße u. a. m. Für die Section der Motorradfahrer des Arbeiter-Kraftfahrer-Bundes Solidarität erklärte Gen. F i ö g e r, daß die Stadt und die Bestrebungen des D.R.A.C. unterstützen werde. — In allem, die Aussprache, wie die ganze Veranstaltung, zeigte, daß noch viele wichtige Fragen zu lösen sind, daß die Karlsruher Verkehrsprobleme wirklich Probleme von größter Wichtigkeit und Bedeutung für die Entwicklung der Stadt sind. Der Deutsche Reichs-Auto-Club wird eine Kommission einleiten, die in einer Reihe von Sitzungen zu allen Verkehrsproblemen Stellung nehmen und Vorschläge zu ihrer Lösung machen wird. Möge ihre Arbeit von Erfolg begleitet sein.

aufführen auch nach dem 30. September 1933. Das Handwerk ist weiterhin der Auffassung, daß die Vierhundertmarkprämie für Neueinstellung von Arbeitnehmern einzig und allein der Industrie Vorteile bringe. — Von Reichsbahn und Reichspost erwartet das Handwerk größere Berücksichtigung bei der Vergütung von Aufträgen. Die Kammer erneuert schließlich ihre entschiedene Forderung auf Abschaffung der Gebäudeübernehmer. Man legt große Hoffnungen auf die gemeinliche Kreditaktion durch die Bank für Deutsche Industrie-Obligationen. Die Kammer beschäftigt sich noch mit den Klagen über Mißstände in behördlichem Vergewaltigen. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß das Handwerk im Rundfunkprogramm mehr als bisher berücksichtigt wird.

Das Toblerone-Matterhorn fällt

Die Bergwacht schreibt uns: An der Bahnstrecke Durmersheim-Karlsruhe wird das auch in einfacher Landschaft liegende „Toblerone“-Matterhorn als sehr störend empfunden. Die Gelände-eigentümer sind mit Zustimmung des Bezirksrates vom Bezirksamt Karlsruh zur Beilegung des Platzes aufzufordern. Eine bad. Reflamestirma, die den vertraulichen Auftrag zur Aufstellung der „Toblerone“-Matterhorn hat, wehrt sich. Sie strengt vor dem bad. Verwaltungsgerichtshof eine Klage gegen das Bezirksamt Karlsruh an, und verlangt Aufhebung der polizeilichen Verfügung auf Beilegung der Tafel. Die Klage wurde abgewiesen. Das Mattliche Toblerone-Matterhorn muß verschwinden. Das ist ein Urteil, das für den Kampf gegen das Reflamen-Unwesen höchst wichtig ist. Es sei nochmals bemerkt, keineswegs ist beabsichtigt, das Reflamen-gewerbe zu schädigen, aber wir dürfen es auch nicht hinnehmen, unser Landschaftsbild, an dem jeder Mensch ein Recht hat, es ohne Störung durch menschliche, lassen wir besser profanische Habgier verschanden zu lassen.

Reichsbahn, Post und Verkehrsvereine weisen mit gemäßigten Aufwendungen auf die Landschaftsschönheit hin, die erste Künstler verstanden in Bildern darstellbar; kommt aber der Strom der Schönheitsluder, dann finden diese an den Straßen und entlang der Bahnlinien die Besse der Heimat verbietet mit Reflamen, vernagelt mit abschleppenden, lunterbunten Brettertafeln für schweizer Schokolade, amerikanische Dole usw. Endlos sind oft die Reihen hoher Reflamen, halboberflachten Wohnungen und Schuppen aus alten Eisenbahnwagen.

Wollen wir den Fremdenverkehr ansiehen, und erhalten, dann bleibt nur eines übrig, hinweg mit allem, was das Landschaftsbild verunstaltet. Hier mitsubellen ist Pflicht aller Wander- und Heimatvereine. Die Behörden müssen aufgerüttelt werden, wo man noch nicht den Mut oder das Verständnis hat, unsere Heimat rein und ansiehend zu erhalten.

Der Fremde muß aus dem Blick in die Landschaft den besten Eindruck von unserer Heimat haben und nur gute Erinnerungen mit nach Hause nehmen. Kaufmännisch gelochten die Landschaft muß sich selbst empfehlen. Wer für den Heimatgedanken noch Sinn hat, und den Kampf unterstützt, kann sich Aufklärungen noch am Montag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Saal 3 Schrempf, wo die Bergwacht in Lichtbildern von berufener Seite das ganze Problem behandelt.

(*) „Karlsruher Jahresgrüße“. Es fließt eine eine Broschüre auf den Redaktionsstisch, die nicht nur ein Stück alter Karlsruher Geschichte darstellt, sondern auch einen Ueberblick darüber gibt, wie aus kleinen Anfängen, die in der Vergangenheit unserer Stadt verwurzelt sind, sich ein Unternehmen entwickelt hat, das heute zu den größten Deutschlands zählt, die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.G. Wir glauben, daß die Bank ihren Versicherungsnehmern, die die Schrift erhalten sollen, damit eine hübsche Gabe bietet, die gewiß auch sonstigen Interessenten zur Verfügung gestellt wird.

(*) „Reichsfeier Baden“. Am 22. November übertragen sämtliche deutschen Sender von 20.30—22.00 Uhr die Reichsfeier „Baden“. Erstmals wird das Land Baden mit dieser Reichsfeier den Rundfunkhörern in zusammenhängender Form nähergebracht. Die badischen Landesleute im übrigen Deutschland und im Ausland werden besondere Freude darüber empfinden, daß die Heimat selbst unmittelbar zu ihnen spricht. Der Badische Verkehrsverband hat sämtliche landsmannschaftlichen Vereine der Badener in Deutschland auf die bedeutsame Rundfunkveranstaltung hingewiesen und gleichseitig angeregt, diese in den Mittelpunkt eines Heimatabends zu stellen. Hierbei sollen die Einladungen über den Kreis der badischen Landesleute hinaus ausgedehnt werden, um recht viele neue Freunde für das Badenerland zu werden.

(*) Todesfall. Am 11. November ist Regierungsrat J. Albert Kind im Alter von 75 Jahren gestorben. Mit Kind verstarb ein äußerst verdienstvoller Beamter, der in fast 50jähriger treuer Pflichten-Erfüllung hohes Ansehen erwarb.

(*) Ausstellung Winterport. In der zweiten Abteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Gau Baden, veranstalteten Bilderratten während der Ausstellung Winterport die Lösung: Bild 1: Kirche in Grünwettersbach; Bild 2: Am Ufer des Rappenswörth; Bild 3: Bauernhof in Rappenswörth; Bild 4: Kabelle bei Erberg; Bild 5: Ruine Rappenswörth; Bild 6: Rathaus in Gruenbach. Preise erhielten: 1. Preis: Fräulein B u r g a b a l e r, Karlsruhe, Karlsruher 123; 1. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 2. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 3. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 4. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 5. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 6. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 7. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 8. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 9. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123; 10. Preis: Fräulein K a g, Karlsruhe, Karlsruher 123.

Auskünfte der Redaktion

St. Die Auffassung, daß bei Austritt aus der evangelischen Gemeinde die evangelische Kirchensteuer nicht bezahlt zu werden braucht, ist unrichtig. Nach der neuen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ist in einem solchen Falle die Landeskirchensteuer der evangelischen Kirche nach wie vor zu entrichten, nur Ortskirchensteuer braucht nicht mehr an die evangelische Kirche bezahlt zu werden, da die lutherische Gemeinde ihren eigenen Ortsbeitrag erhebt.

Bücherei. Die Bürgersteuer wird nicht erhoben u. a. von Personen, die am Fälligkeitstage Renten aus der reichsgesicherten Invalidenversicherung empfangen, sofern ihr abgelaufenes Jahresrenten 900.— Mark nicht übersteigt. Da zur Einkommen aber höher wie 900.— Mark, müssen Sie auch Bürgersteuer bezahlen.

Rekl. Eine Anmeldepflicht besteht nur dann nicht, wenn im voraus der Umfang der Arbeit auf nicht länger wie 3 Tage beschränkt werden kann. Wiederholt sich jedoch diese 3-Tage-Beschränkung, so ist auch hier eine Anmeldepflicht gegeben. Die Arbeit länger wie 3 Tage, so muß der Arbeiter unter Umständen bei der Krankenkasse anmelden werden.

J. Ger. — Wir freuen uns über jodeli Heimatliche, die nehmen gerne davon Kenntnis, daß die Stadt Endingen am Kaiserstuhl keine Hiltelmeierzeit hat, also kein „80prozentiges Hiltelgebiet“ ist.

G. Sch. Dammertod. Brief erhalten. Wir sind durchaus einer Meinung. Die Zustimmung zu Konfordaten, auch die Ermöglichtung der Annahme durch Stimmhaltung, lehne auch ich ab. Bei der Tragung dieser Meinungsverschiedenheiten ist es aber unnötig, mit dem schwersten Gefühl geküßt wird. Auch darin sind wir einer Auffassung.

Der Hausfrauenberuf ist ebenso anstrengend

wie die meisten Männerberufe. Deshalb sollte jede Frau als Frühstückszutank Ovomaltine nehmen, die kann e Kraftnahrung aus Ei, Malz, Milch und Kakao Ovomaltine schmeckt ausgezeichnet, ist leicht verdaulich und ihre körper- und nervenstärkende Wirkung spüren Sie den ganzen Tag. Auch für Kinder gibt es nichts Besseres! Sie nehmen Ovomaltine sehr gerne und gedeihen prächtig dabei!

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM. 1.15, RM. 2.15 u. RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt. 155 Osthofen-Rheinl.

Partei-Nachrichten

Paul Löbe über Einheitsfront

Wien, 14. Nov. (Eig. Draht.) Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der zur Zeit in Wien tagt, führte der Reichstagsabg. Gen. Paul Löbe als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie unter anderem Folgendes aus: „Auch bei uns hat sich das Bürokratismus auf der Rechten gesammelt und wenn vielleicht auch in den nächsten drei Wochen die Koalition zwischen der feudalen Reaktion und den Hitlerianern nicht zustande kommen sollte, so wird sie in dem Augenblick, wo einer von ihnen nicht mehr imstande ist, die Macht auszuüben, einig sein. Damit kommen wir in Deutschland zu einer neuen taktischen Situation.“

Die Zeit der Tolerierungen und Koalitionen ist zu Ende. Unschwerer von früheren Bindungen werden wir die Kabalen der Sozialdemokratie unabhängig formieren und die sozialistischen Fortbewegungen als Gegenwartsaufgaben neben die selbstverständliche Verteidigung demokratischer Rechte stellen können. In der Arbeiterfront Deutschlands beider Lager besteht eine tiefe Schindigkeit nach der Einheitsfront. Wenn sie trotz unserer Bereitwilligkeit bisher nicht zustande kam, so müssen wir das der Tatsache zuschreiben, daß die andere Seite einem außerhalb des Lagers liegenden Einfluß unterliegt. Je mehr aber bei uns die demokratischen Volksrechte bedroht werden, um so unwiderstehlicher wird der Wille zur Einheit im Proletariat.“

Der Parteitag nahm bisher unter anderem ein Referat des Abg. Dr. Deusch über die Frage moderner Organisation und moderner Agitation entgegen. Deusch erklärte, daß es angesichts der Bemessungslofen und struppelosen Methoden der Sozialisten notwendig sei, die Agitation des Sozialismus umzustellen und zu verbessern. Er bezieht sich dann mit dem Problem der Jugend in der Partei und sagte, es habe eine Zeit gegeben, in der die Lage der Arbeiterjugend hoffnungslos gewesen sei als nebensächlich. Diese Verweigerung machte die Jugend für Schlagworte von rechts und links empfänglich. Es habe keinen Sinn, das zu verurteilen. Man müsse es verstehen lernen. Die heutige Jugend der Partei, die zum größten Teil niemals regelmäßig in einem Betrieb gearbeitet habe, habe den Klassenkampf nicht kennen gelernt. Es komme darauf an, und es sei eine Hauptaufgabe des Sozialismus, diese Jugend mit neuen Methoden in die Partei einzugliedern, so daß sie eine Kampftruppe der Partei werde, und das Recht bekomme, das ihr im Kampfe zustehe. Es solle nicht eine Sonderorganisation junger Menschen, sondern eine Organisation junger Menschen im Rahmen des Sozialismus sein.

Woran liegt es?

Mit dem sechsten abgeschlossenen Wahlkampf nimmt das Disziplinungsorgan der Partei „Das freie Wort“ die Aussprache, die während dieser ganzen Zeit ruhen mußte, wieder auf. Seit Nr. 46, das loeben erschien, bringt im Leitartikel des Genossen Heimann eine eingehende Würdigung des Wahlergebnisses und eine Darstellung der politischen Gesamtlage.

Genosse E. Hoffmann-Berlin lieferte einen interessanten Beitrag über die melancholische Giebung der deutschen Arbeiterbewegung und die Ursachen der politischen Schwäche.

Eine besondere Beachtung verdienen nach ihrem Wahlergebnis 6. November auch unsere Gegner von links. Zu dieser für die Gesamtpartei wichtigen Frage lieferte Genosse Erich Meyer einen wertvollen Beitrag: Kommunistische Wahlsünden und Wirklichkeit.

In einem Gedankenartikel vom 9. November leit Genosse Krause noch einmal unseren Standpunkt zu den Ereignissen des Revolutionstages klar. Die Aussprache bringt eine Fülle von Anzeigen, Kritik und Erkenntnissen, die aus den letzten Kämpfen gewonnen wurden.

„Das freie Wort“ erscheint wöchentlich und kostet 1 Pf. pro Monat. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probehefte werden gratis und portofrei bei Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen auf den Prospekt des Werbe-Ausschreibens mit Buchpremiere.

Arbeiterbriefmarkenjammer

bereinigt auch in dem auf freigewerkschaftlicher Grundlage im Jahre 1930 gegründete „Arbeiter-Sammier-Bund“ (Wab). Zweck des Bundes ist: Förderung und Vertiefung des Briefmarkensammels, Beförderung der Mitglieder mit preiswerten Auswahlen sowie Schutz vor unlauteren Nachahmern. Nähere Auskunft erteilt der Bundesvorsitzende Willi Weiser, Berlin D 17, Caprivistraße 7.

Kleine bad. Chronik

Deffingen (Amt Bruchsal), 14. Nov. (Das rasende Auto.) Gestern abend nach 10 Uhr fuhr der Chauffeur Ernst Meyerhöfer aus Rohrbach mit einigen heißen Bekannten in ungewöhnlich scharfem Tempo durch die Hauptstraße. In der Nähe der „Krone“ fuhr das Auto auf den Arbeiter Ludwig Sch IV auf, so daß dieser mit aller Macht auf die Motorhaube geschleudert wurde. Auf Veranlassung des sofort herbeigerufenen Arztes wurde der Schwerverletzte in das Heidelberger Krankenhaus eingeliefert, wo er in hoffnungslosem Zustand darniederliegt. Die Gendarmerie nahm den Fahrer fest und stellte das beschädigte Auto sicher.

Mannheim, 14. Nov. Kämpferischer Ueberfall. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde auf der Wotanstraße in Waldhof eine 15 Jahre alte Hausangestellte von zwei Burschen überfallen, zu Boden geworfen, angeblickt durch Faustschläge und Fußtritte mißhandelt und der Handtasche beraubt, die nur eine Wollmütze enthielt. Die Kämpfer konnten in der Dunkelheit unerkannt entkommen.

Waldburg (Amt Ueberlingen), 14. Nov. Heute nacht gegen 12 Uhr brach in der Scheune des Landwirts Walter Knall Feuer aus. Zur Brandbekämpfung wurden die Feuerwehren von Waldburg und Balingen sowie die Motorpumpen von Ueberlingen und Salem zum Brandort. Der drohenden Gefahr des Weiter-Umschlagens konnte Einhalt geboten werden. Die Scheune brannte vollständig nieder. Viele Fahrnisse und sämtliche Futtermittel wurden vernichtet. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden wird auf etwa 20 000 RM. geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

Konstanz, 14. Nov. Tragischer Ausgang eines Streites. In der Nacht zum Sonntag kam es in der Kanalstraße auf unaufgeklärte Weise zwischen Soldaten und angetrunkenen Zivilisten zu einem Kaufhandel, so daß die Polizei die Teilnehmer zur Unterwerfung auf die Waage bringen mußte. Ein stark angetrunkenen 25-jähriger lediger Korbmacher namens Hans Baer setzte nach einiger Zeit ein so merkwürdiges Benehmen, daß der Arzt geholt werden mußte. Als dieser erschien, war Baer bereits an einer Herzlähmung verstorben.

Neuhausen (mit Engen), 14. Nov. Kind durch Erdmassen tödlich verschüttet. In einer Kiesgrube an der Straße nach Chingen laagte eine Zigeunerfamilie. Die Kinder spielten an der steilen Kieswand, deren obere Schicht sich plötzlich löste, und vier Kinder unter sich begrub. In Ermangelung von Werkzeugen mußten

Papen kurbelt weiter! Vierhunderttausend Kraftwagen werden eingelagert

Wer jetzt auf Deutschlands mehr oder minder schlechten Straßen über Land fahren muß, dem fällt es auf, daß der Kraftwagenverkehr merklich dünner geworden ist. Wo sind die vielen ausgefallenen Kraftfahrzeuge geblieben? Das Auto fährt plötzlich das Bedürfnis, einen Winterurlaub anzutreten, und dieses Schicksal tritt in diesem Jahre zwingender auf, droht zur Schicksalstragödie zu werden: durch diesen Umstand wird manchem Autobesitzer „wieder auf die Beine geholfen“. Leider aber ist das für die deutsche Wirtschaft und für die Staatsfinanzen durchaus nicht zum Lachen. Wenn im Jahre 1931 über 200 000 Kraftfahrzeuge für ein halbes Jahr außer Betrieb gesetzt wurden, so bedeutet das dem Verkehrsbild von Stadt und Land verhängenen Schleier, daß sich um ein Drittel der vorhandenen Kraftwagen anstellen wird, das bedeutet aber auch, daß die Beute der Staatskassen noch erheblich größer werden wird, als sie an und für sich schon ist, weil ungezählte Millionen dem Fiskus durch das Einstellen der Wagen entziehen, die als für die Wirtschaft völlig unrentierbare Leihgabe in ihrer Totenkammer liegen. Die Anfurubelung geht also rückwärts, und wenn der Kurbelhebel rückwärts schlägt, so weiß der Automobilist, daß das Gefahr von Arm- und Knochenbrüchen bedeutet, wenn sich bei der von der Badenregierung beliebten Anfurubelungsmethode die Wirtschaft den Hals nicht ganz bricht.

Leider sind es nicht lediglich die „Herrenfahrer“, die durch die ershörende, gleichsam Niederhaltung der Kraftfahrzeuge betroffen werden. Lehntausende von Chauffeuren, noch mehr Hilfsarbeiter werden brotlos gemacht, und indirekt ein Heer von Arbeitnehmern aus jenen Industriezweigen, auf denen das Autowesen basiert ist und die für den Kraftverkehr Hilfsquellen sind.

Es sind drei Hauptfaktoren, auf die diese fürchterliche Misere des Kraftverkehrs mit ihren katastrophalen Auswirkungen zurückzuführen sind. Alle drei haben ihre Quelle in den stillerhaltenen Maßnahmen der Reichsregierung. Zunächst ist da die Preispolitik für Treibstoffe anzuführen.

Am 1. Januar 1932 kostete Benzol pro Liter 44 Pf., Benzin 34 Pf., Gemisch 38 Pf.; am 11. Oktober 1932 waren die entsprechenden Preise schon 48 Pf., bzw. 38 Pf., bzw. 42 Pf. Heute ist noch eine weitere Erhöhung um 5-6 Pfennig pro Liter hinzugekommen. Bei einem Jahresverbrauch von 2 Milliarden ist das eine Mehrbelastung des Kraftverkehrs um 100-120 Millionen RM., wobei man berücksichtigen muß, daß die bisher erhobenen fiktionalen Rölle den Verbrauch schon ganz erheblich belastet haben. Zum Vergleich und als besonderes Indizium sei dazu bemerkt, daß z. B. in dem in Baden liegenden Jollausschlaggebiet Jettetten das Bier guten Verkehrsstoffes heute noch für 16 Pf. zu haben ist.

Woher kommt diese genervte Steigerung innerhalb weniger Tage? Die Politik der Reichsregierung, die auf Förderung der Kartelle, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes abzielt, und ihre sanftere Sozial- und Agrarpolitik mit verbundener Erfindung des Jovanos zur Kartellpolitik-Beimischung zum Verkehrsstoff ist die Hauptursache. Am 1. Oktober wurde diese Beimischungsverpflichtung von 6 auf 10 Prozent erhöht, was allein schon eine Verteuerung des Verkehrsstoffes um 2 Pf. pro Liter betrafte. Ähnlich hat man den Brennern noch ein weiteres Liebesgeschenk gemacht, indem man das Brennrecht auf 35 Prozent erhöhte. Natürlich muß diese Mehrzeugung von Spiritus untergebracht werden, daher der erweiterte Beimischungszwang.

Ein liebevoller Wohlfahrtsakt, aber nicht für den Arbeiter!

Die Maßnahmen dieser Politik für die fürchtlichen Geschäfte sind die Kartelle, die Deindustrialisierung und hauptsächlich die Großagrarier, die Kreise somit, als deren Vertreter die Barone in der Regierung sitzen. Die Leidtragenden dieser sauberen Politik sind die Automobilfabriken, die Wagenbesitzer und in erster Linie natürlich die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, die nun zum großen Teil zum Heere der Arbeitslosen haben müssen.

Also haben wir die willkürliche, monopolistische Preispolitik in der Treibstoffwirtschaft und ihre skrupellose Unterdrückung durch das Kabinett der Barone als erste Ursache des schweren Rückgangs des Kraftverkehrs zu bezeichnen. Darüber könnte

man noch eine Reihe reizender Intimitäten berichten. Die zweite Ursache liegt in der unzuverlässigen Art der Besteuerung der Kraftfahrzeuge, für die ebenfalls die Reichsregierung verantwortlich zeichnet. Von den Nachteilen dieser Besteuerungsart werden zunächst die mittleren und schweren Wagen betroffen. Kein Wunder, wenn sie in der Winterzeit ihre Quartiere bringen, wodurch so mancher Chauffeur sein Brot verloren hat. Aber auch die Kleinwagenbesitzer werden erheblich geschädigt. Sie folgen nach dem Beispiel der anderen, denn auch sie müssen in der heutigen Notzeit jegliche Sparmaßnahme ergreifen, da auch bei ihnen das Geld nicht dick und locker liegt.

Diese Belastungen, die in der ganzen Welt ihresgleichen nicht finden, haben die Kraftverkehrswirtschaft katastrophal getroffen, beträgt doch die Gesamtbelastung des Kraftverkehrs aus Treibstoffsteuern, Spiritusbeimischungszwang, Schmierölzoll, Umsatzsteuern und Kraftfahrzeugpauschalsteuer nach den verschiedenen Preissteigerungen der inländischen Treibstoffe, vorzüglich gerechnet,

rund 550 Millionen RM.

Alle Minderungs- und Befreiungsvorschläge, Erlaß der Kraftwagensteuer durch Benzinsteuer z. B. sind abgelehnt worden, auch die Forderung, die Steuer während des Winters auf die Hälfte zu ermäßigen oder sie mindestens so zu gestalten, daß sie nicht abschreckt, sondern anreizt, den Wagen das ganze Jahr über in Betrieb zu halten, ist bis jetzt nicht verwirklicht worden. Man könnte denken, die betreffenden Regierungsstellen seien mit Blindheit geschlagen;

denn statt daß zu den in der Branche bereits vorhandenen Hunderttausenden von Arbeitslosen noch einmal 100 000 weitere kommen, könnte man leicht einige Hunderttausend erwerbslose Volksgenossen wieder in den Arbeitsprozeß einschalten!

Schließlich kommt zu diesen jeden Fortschritt hemmenden Bremsklößen noch als dritter im Bunde der bekannte Kampf den Deutschen Reichseisenbahngesellschaft auf Tod und Leben gegen das Kraftfahrzeug führt. Da ihr dabei die staatliche Unterstützung in weitgehendem Maße durch die Reichsregierung sicher ist, hat sie schon allerlei Vergünstigungen herausgeholt, wie z. B. die Umgestaltung des gewerblichen Kraftverkehrs zum Reichsmonopol. Wir glauben zwar nicht, daß die natürliche Entwicklung, die doch dahin geht, daß die immer mehr zum Verkehrshindernis werdende Eisenbahn dem fortschrittlichen Kraftfahrzeug eines Tages den Weg streichen muß, mit solchen autoritären, reaktionären Mitteln auf die Dauer aufzuhalten ist. Alle diese Beschränkungen und Begünstigungen wirken sich aber so schädlich aus, daß die größte Gefahr für die augenblickliche Existenz der Kraftverkehrswirtschaft zu befürchten ist. Darum muß in aller Eile Schritte der Auf nach Umkehr und Abkehr von den beschränkten Wegen erhoben werden.

Wir verkennen nicht, daß den Interessen unseres Eisenbahnverkehrs gleichfalls Rechnung getragen werden muß, aber der Kampf darf nicht einseitig auf dem Rücken des Kraftverkehrs ausgerichtet werden. Man würde dadurch nur verhindern, daß das Präsidium der Reichseisenbahngesellschaft sich endlich um eine brauchbare Lösung bemüht, sie hat ohnehin sich den lange vorher zu erwartenden Schwierigkeiten viel zu spät zugewandt. Wir in Baden kennen ja auch zur Genüge die einseitigen und rückwärtslofen Methoden, mit denen diese Behörde auf allen Gebieten ihre eigenen Vorteile durchzubringen verheißt.

Es ist nicht Sache der Kraftwagenbesitzer allein, die Interessen des Kraftverkehrs zu vertreten — in letzter Zeit suchte man durch Protestversammlungen Gegenwirkungen zu erzielen — die Arbeitnehmer der Kraftverkehrswirtschaft sind mindestens so stark interessiert wie ihre Arbeitgeber, sie sind in höchstem Maße in ihrer Existenz bedroht.

Ihnen ist jetzt die unaufschiebbare Aufgabe gestellt, sich in die Kampffront für das Auto einzureihen.

Mit aller Kraft müssen sie dafür eintreten, daß endlich der Gewohnheit ein Ende gemacht wird, das Auto zum Krügelungen für einseitige Interessenvertretung zu machen. Es liegen schon genug Arbeiter aus dieser Branche auf der Straße, es wäre Selbstmord, wenn die Arbeitnehmerschaft des deutschen Kraftverkehrsgewerbes in dieser Frage Gewehr bei Fuß stehen würde. K. F. U.

Badens fremdenverkehr

Vom Bad. Statistischen Landesamt wird mitgeteilt: Während des verfloffenen Sommerhalbjahres (April bis einschließlich September) sind nach den Ermittlungen des Badischen Statistischen Landesamtes insgesamt rund 900 000 Fremde in den badischen Fremdenverkehrsplätzen angekommen und gemeldet worden. Nicht ganz 700 000 dieser Fremden sind in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Erholungsheimen und dergleichen abgestiegen; 108 000, also über ein Achtel, waren Jugendbergsagäste. Diese weitesten Zahlen schon erhellten die große Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Wirtschaftsleben unseres Landes.

Im ganzen sind rund drei Millionen Uebernachtungen ermittelt worden. Im Landesdurchschnitt haben die von der Statistik erfaßten Fremden 3,6 mal übernachtet. Bei den Heilbädern beträgt der Durchschnitt 9,0, bei den Kurorten 4,4 und bei den sonstigen Fremdenverkehrsplätzen 1,4 Logiernächte. Insgesamt haben weit über 100 000 Ausländer, das sind 12,7 Prozent der Gesamtbesucherzahl, die badischen Fremdenplätze aufgesucht; bei den Heilbädern und Kurorten steigt der Anteil des Auslandes sogar auf 15 v. H. Ein anderes Bild ergibt sich den Uebernachtungen.

Im ganzen konnten 217 470 auf Ausländer entfallende Uebernachtungen oder 8,5 Prozent aller Uebernachtungen ermittelt werden. Die meisten Besucher kamen aus der Schweiz (24 427); an zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten von Amerika (rund 19 900); es folgen Holland (16 800), England (10 184), Frankreich (Elsass) und Oesterreich. Aus dem übrigen Ausland kamen 15 402 Fremde. Bei der Zahl der Uebernachtungen steht wiederum die Schweiz mit fast 60 000 Logiernächten weit aus der Spitze.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist der Fremdenverkehr infolge der Wirtschaftskrise im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Im ganzen sind 75 225 Fremde weniger eingetroffen und die Zahl der Uebernachtungen bleibt gegenüber dem vorjährigen Sommer um 380 458 zurück. Dies kommt einer Abnahme von 8,7 v. H. bei den angekommenen Fremden und einer solchen von 11,2 Prozent bei den Uebernachtungen gleich. Noch scharfer machte sich die rückläufige Bewegung beim Ausländerverkehr bemerkbar. Im ganzen sind rund 28 000 Ausländer, das sind 21,8 Prozent weniger abgestiegen und für diese 45 765 Uebernachtungen, das sind 17,4 Prozent weniger gemeldet worden. Dieser Ausfall erklärt sich vornehmlich durch das Ausbleiben der Engländer, deren Gästezahl um 60 Prozent abgenommen hat.

Der Fremdenverkehrsrückgang verteilt sich übrigens nicht gleichmäßig über das ganze Land. Einzelne Gebiete und Fremdenverkehrsorte wie Badenweiler, Immenstaad und andere Kurorte im Schwarzwald, Oberrhein und am Bodensee vermochten sogar eine höchst erfreuliche Zunahme ihres Fremdenverkehrs zu melden. Im allgemeinen konnte eine Abwanderung in die Orte und Häuser einfacheren Charakters beobachtet werden.

Der „überparteiliche“ Kanzler



„Fragt sich nur, wie lange ich mich noch so halten kann.“

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpaste von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und wachen Sie jeden Erfolg dafür.

